

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Heute mit 28 Seiten

Sommer des Erwachens

2

Europa – die Welt – die Wirtschaft

10

Irrweg der CO₂-Politik

16



Zurück zur energiepolitischen Vernunft

Sommer des Erwachens

von Isabel Villalon, Ingenieurin im Fach Maschinenbau mit Spezialgebiet Energie

Plötzlich kriechen sie aus den medialen Löchern, die hochbezahlten Verantwortlichen der Energiewirtschaft. Panikartige Nachrichten werden ins Land posaunt: Holzvorräte und Kerzen soll das Schweizer Volk anhäufen, und zwar subito. Man könnte meinen, die mit naturwissenschaftlichen Koryphäen gut bestückten Research-Abteilungen der Elektrizitätskonzerne hätten die letzten Jahre Grundlagenpapiere für den runden Ordner produziert. Keiner ahnte etwas. Wirklich?



Die ganze Hackordnung von der bundesrätlichen Spitze bis zum Heer der Beamten des Uvek, Konzernchefs, Verwaltungsräte und Lobbyisten, Verbandsbürokraten und Energiepolitiker aller couleur – allesamt Schlafwandler, die uns schnurstracks in die energetische Steinzeit katapultierten. Sind solche Leute ihre Gehälter wert? Nein! Die zuständigen Bundesrätinnen Leuthard und Sommaruga eiferten einer politischen Modeerscheinung nach, und der Rest der Truppe, allesamt Ja-Sager, folgten ihnen blindlings ins Verderben. Kritische Stimmen? Fehlanzeige. Die Gehälter sind einfach zu üppig, die Stellenbeschreibungen zu «schoggihaft», um sie mit Opposition aufs Spiel zu setzen.

Die ganze Hackordnung von der bundesrätlichen Spitze bis zum Heer der Beamten des Uvek, Konzernchefs, Verwaltungsräte und Lobbyisten, Verbandsbürokraten und Energiepolitiker aller couleur – allesamt Schlafwandler, die uns schnurstracks in die energetische Steinzeit katapultierten. Sind solche Leute ihre Gehälter wert? Nein! Die zuständigen Bundesrätinnen Leuthard und Sommaruga eiferten einer politischen Modeerscheinung nach, und der Rest der Truppe, allesamt Ja-Sager, folgten ihnen blindlings ins Verderben. Kritische Stimmen? Fehlanzeige. Die Gehälter sind einfach zu üppig, die Stellenbeschreibungen zu «schoggihaft», um sie mit Opposition aufs Spiel zu setzen.

«Energiestrategie 2050»

Dabei hätte man kein Albert Einstein der Energieversorgung sein müssen, um das Ende der Geschichte vorauszuahnen. Mit der Energiestrategie 2050 wurde der Grundstein für das heutige Desaster gelegt – ein Grundstein aus Sand. Ein Traum, der nun zum Altraum mutiert. Die Energiestrategie 2050 sah den graduellen Ausstieg aus der Atomkraft vor – mit der gleichzeitigen Forcierung alternativer Energien, sowie dem Verzicht auf fossile Energiequellen wie Gas und Erdöl. Das massive Bevölkerungswachstum, angeheizt durch die Personenfreizügigkeit mit der EU, wurde ausgeklammert. Ausserdem ging man von einer Reduktion des Stromverbrauchs pro Haushalt aus, trotz zunehmender Elektromobilität.

Bevölkerungswachstum frisst Strom

Die jährliche Nettozuwanderung in der Grössenordnung der Stadt Biel (60'000 Einwohner) verursacht die verdichtete Urbanisierung der Schweizer Landschaft und immer grössere verkehrstechnische Probleme. An den wachsenden Strombedarf von 1,9 Millionen neuen Einwanderern dachte niemand. In keinem Land in Europa war das Bevölkerungswachstum in den letzten zwanzig Jahren derart gross wie in der Schweiz, nämlich zwanzig Prozent gemäss der OECD (zum Vergleich: EU vier, Deutschland ein Prozent). Diese masslose Zunahme hat seit dem Jahr 2001 nicht nur sämtliche Effizienzgewinne durch neue, stromsparende Geräte und Beleuchtungen neutralisiert, sondern den absoluten jährlichen Stromverbrauch um satte 6,4 Prozent ansteigen lassen.

Jahrelange Versäumnisse lassen sich nicht rasch beheben. Herkömmliche Kraftwerke (Kern- und Wasserkraftwerke) zu bauen, benötigt rund zwei Jahrzehnte. Das Elektrizitätsgeschäft wird von jenen erfolgreich betrieben, welche die Stromnachfrage der nächsten Jahrzehnte richtig einschätzen und die vorhandenen Kapitalien in den effizientesten Produktionsmix investieren. Die Planungsexperten der Stromkonzerne lagen dabei selten falsch, bis ihnen die Politik und das angehängte «Ja-Sager-System» in die Suppe gespuckt haben.

«Das Ausland wird es schon richten»

Unsere zwei zuständigen Bundesrätinnen kopierten die energiepolitischen Trends aus Europa und begruben damit die bestehende Energieautarkie der Schweiz. Das Schweizer Stimmvolk folgte brav und verbot zukünftig einen Drittel der Schweizer Stromerzeugungskapazität. Ab 2018 wurde der Bau und die betriebliche Ausrüstung von Kernkraftwerken verboten. Doch schon seit dem Jahr 2011 blockierte der Bundesrat drei neue Projekte für Kernkraftwerke in der Schweiz. Grober Fehler. Die Annahme war, man könne ja im Winter Strom aus dem nahen Ausland importieren, insbesondere von den französischen Atomkraftwerken. Dieselbe Annahme trafen die deutsche, italienische und spanische Regierung. Trugschluss. Viele Nachfrager, *ein* Anbieter. Das kann nur schief gehen.

Das Hirngespinnst der «erneuerbaren Energie»

Vereinfacht ausgedrückt: Die Schweiz generiert 32,9 Prozent des verbrauchten Stroms mit Kernkraft. Die mit der Stilllegung von Kernkraftwerken entstehende Stromlücke soll mit Wasser-, Wind- und Solarkraft geschlossen werden. Doch solche Anlagen werden durch Einsprachen der Natur- und Landschaftsschützer oft jahrelang zurecht blockiert. Das Bonmot macht die Runde: Die urbanen Politiker wollen Wind- und Solarparks in der Schweiz – einfach nicht dort, wo sie selber wohnen.

Was mit den Massen an nicht biologisch abbaubaren riesigen Rotorblättern der Windräder geschehen soll oder mit den nach 15 bis 20 Jahren obsoleten Photovoltaik-Panels, welche mit hoch umweltbelastenden Stoffen erbaut sind: Diese Antwort liefert uns niemand. Wind- und Solarkraftwerke im Winter in der Schweiz werden nicht genügend Strom liefern können. Dafür sind die meteorologischen Voraussetzungen einfach

nicht gegeben. Nur ein massiver Ausbau der Wasserkraft könnte Abhilfe schaffen. Doch wer möchte schon ganze alpine Täler, inklusive ihren Dörfern, unter Wasser setzen?

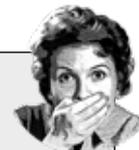
Houston, we have a problem

Der Punkt kam, allerdings spät, an dem der Bundesrat mit den früheren Fehlentscheidungen konfrontiert wurde: Die französischen Kernkraftwerke kamen in die Jahre, und die Grande Nation haderte ebenfalls mit dem Ausbau des Atomparks. Technische Probleme häufen sich nun in Frankreich. Es gibt Tage, an denen vierzig Prozent der Kernkraftwerkskapazitäten abgeschaltet werden müssen. All jene, die grossspurig von erneuerbaren Energien daherredeten und dabei an französische Atomenergie dachten, fielen sprichwörtlich auf die Nase. Der Preis für Elektrizität an den europäischen Terminmärkten explodierte förmlich. In den ärmeren EU-Ländern macht sich ein neues Wort breit: Energiearmut. Menschen, welche nachts im Dunkeln sitzen, weil sie die horrenden Stromrechnungen nicht bezahlen können.

Und dann kam Putin

Der Bundesrat dachte, die drohende Stromknappheit mit dem Bau von Gaskraftwerken auf Schweizer Boden beheben zu können. Gut gedacht, denn Mini-Gaskraftwerke benötigen, wenn richtig geplant, eine durchschnittliche Bauzeit von nur sechs Jahren, stellen also die kurzfristigste der erhältlichen Optionen dar. Obwohl Erdgas für

LACHEN VERBOTEN!



Die lieben Beamten

Zwei Beamte unterhalten sich. Da sagt der eine: «Schau einmal, der neue Kollege ist am Schreibtisch eingeschlafen.» Da meint der andere: «Der hat sich aber schnell eingearbeitet.»

*

Beamte sind unbestechlich. Sie dürfen nicht einmal Vernunft annehmen.

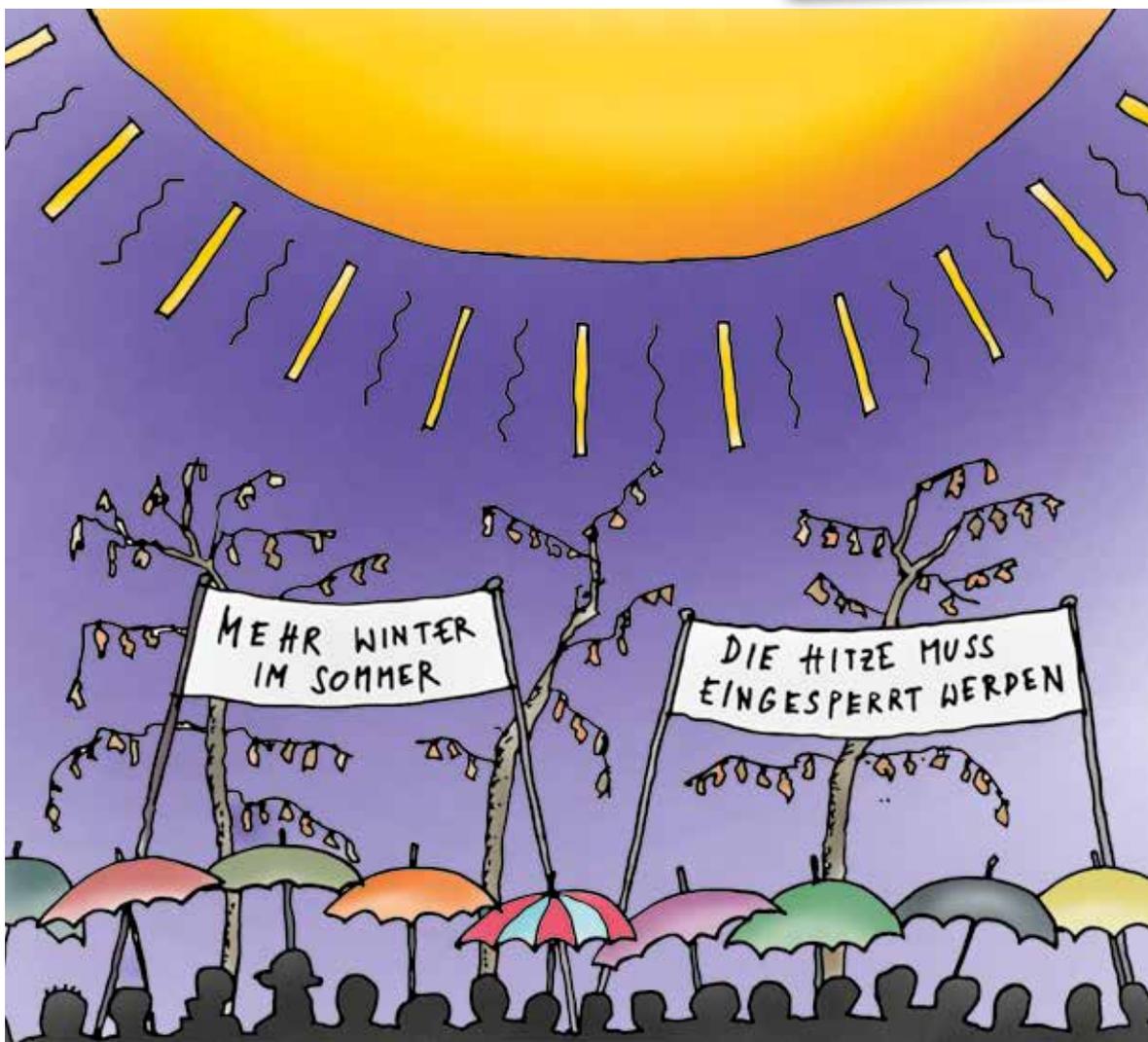
«Erneuerbare Energie-Zeloten» zu den fossilen Energieträgern gezählt wird, versprach der Bundesrat mit dem Zukauf von CO₂-Zertifikaten Ablass. Aber dann kam Putin.

Europa importiert 61 Prozent des benötigten Erdgases aus Russland – dies entsprach jährlichen Zahlungen von 57 Milliarden Euro. Es war seit der ersten Minute der russischen Invasion der Ukraine voraussehbar, dass Russland die europäische Abhängigkeit als Retourkutsche für westliche Sanktionen einsetzen würde. Graduell hat Russland dementsprechend den Gashahn zugezogen. Ein unbequemer Winter droht. Die Pläne für schweizerische Mini-Gaskraftwerke dürften somit Makulatur geworden sein, denn der Import von Flüssiggas aus den USA oder

Fortsetzung auf Seite 4

*Hochkonjunktur für
Klimademonstranten
(Entschuldigung: Klima-
demonstrierende)*

*cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl*





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

Katar ist volkswirtschaftlich nicht tragbar und auch technisch derzeit gar nicht möglich.

Wie weiter in der Schweiz?

Um regelrechte Aufstände der Bevölkerung zu vermeiden, gehen die EU-Länder zwei verschiedene Wege – einerseits mit der Subventionierung der Strom- und Gasrechnung ihrer Bürger und andererseits mit einer gesetzlich festgesetzten Preisobergrenze der Energie für Endkonsumenten. Beide Wege bringen mehr staatlichen Interventionismus und letztlich die mögliche Verstaatlichung der Stromkonzerne.

Nachdem das Schweizer Volk nun ein Jahrzehnt lang an der Nase herumgeführt worden ist, müssen die für das Desaster verantwortlichen rot-grünen Politiker beim Namen genannt werden. Ihre Ideologien müssen öffentlich als das gebrandmarkt werden, was sie sind – als gefährliche Utopien ohne jeglichen Realitätsbezug. Doch Sektierer kennen keine Einsicht. Andererseits muss allen klar gemacht werden, dass grenzenlose Einwanderung unmöglich mit den bestehenden Energieträgern bewältigt werden kann. Wir kommen rasch an sehr schmerzhaftige Grenzen.

Je früher «Bern» akzeptiert, dass die Energiestrategie 2050 gescheitert ist, desto schneller können neue Kernkraftwerke geplant oder ihr Bau freigegeben werden. Die bestehenden Kernkraftwerke sollten schleunigst ausgebaut und das Verbot von 2018 muss aufgehoben werden. Zudem muss die von den Behörden massenhaft forcierte Elektrifizierung sämtlicher Lebensbereiche, von der Elektro-Mobilität bis zur Elektro-Wärmepumpenheizung, dringend gestoppt werden. Glücklicherweise diejenigen, welche noch über eine Ölheizung verfügen, denn Erdöl wird nicht knapp, sondern nur preislich hochgeredet und von der grün-roten Sekte mit prohibitiven Steuern belegt.

Kurzfristig werden wir nicht darum herkommen, mit Russland eine Verhandlungslösung zu finden und uns auf unsere Jahrhunderte währende Neutralität zurückzubewahren. Realpolitik bedeutet auch, das eigene Volk nicht im Dunkeln erfrieren zu lassen.

Isabel Villalon

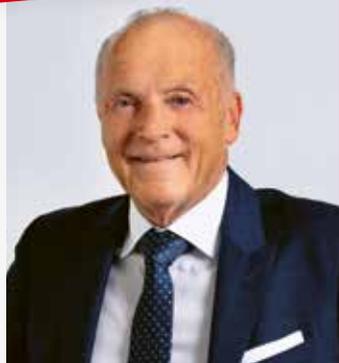
Ihr Inserat in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch



Unsere Aufgabe?



Es waren die USA, die vor gut zwanzig Jahren die militärische Intervention gegen das weitgehend von den Taliban beherrschte Afghanistan entfesselt haben – betitelt «Krieg gegen den Terror». Und es waren die Amerikaner – genauer: Die Regierung von Joe Biden – die den Hals-über-Kopf-Rückzug der Nato aus dem nicht beherrschbaren Afghanistan befohlen und inszeniert haben – Tausende den US-Interventionisten gegenüber loyale Afghanen den Taliban buchstäblich ans Messer liefernd ...

Heute zeigt sich: Die Taliban, die Afghanistan erneut ihrer Diktatur unterworfen haben, sind zwar tüchtig in – oft ausgesprochen grausamer – Kriegführung. Aber ihr Land mit seiner Bevölkerung zu versorgen und zu ernähren: Vor dieser Aufgabe versagen sie jämmerlich.

Angesichts der so verursachten – die Taliban scheinbar nicht weiter bekümmerten – Notlage wittern hiesige Hilfswerk-Funktionäre ein für sie interessantes neues Tätigkeitsfeld. Mit Hilfe ihrer Ableger in den Mainstream-Medien wollen sie der Schweiz – den Schweizer Steuerzahlern – jetzt auch noch Milliarden für das hungernde Afghanistan – und ihre eigenen Kassen – abknöpfen.

Da sei doch zuerst einmal die Frage erlaubt: Weshalb richten sie – via Uno, via Menschenrechtsorganisationen – ihre Hilfsappelle nicht zuallererst an die muslimischen Staaten? Weshalb ist für sie jede Aufforderung zu dringender muslimischer Bruderhilfe tabu? Ist einfach hinzunehmen, dass den muslimischen Staaten das Verhungern von Brüdern und Schwestern in Afghanistan gleichgültig ist – dass also wir Schweizer an ihrer Stelle in die Tasche zu greifen haben?

Und weiter: Wenn jemand im Westen für das in Afghanistan Tatsache gewordene Desaster verantwortlich ist, dann ist das die Administration Biden in den USA. Sie soll das Schlamassel, das ihr überstürztes Abhauen aus Afghanistan angerichtet hat, zu beseitigen helfen – nicht die Schweiz! Mögen die hiesigen Medien im Interesse der hiesigen Helfer-Funktionärschaften noch so sehr auf die Tränenrösten drücken.

Ulrich Schlier

Spalte
rechts



PERSÖNLICH – ENGAGIERT - PROFESSIONELL



Ihr Partner für Immobiliendienstleistungen in der Ostschweiz

Ihre Immobilien in guten Händen. Mit Hilfe unseres engagierten und professionellen Teams betreuen wir seit 2002 Immobilien und bieten alle Dienstleistungen des Immobilienreuehands an. Dabei vertrauen wir auch auf unsere jahrelange Erfahrung im Ostschweizer Immobilienmarkt.

Zu unseren Dienstleistungen gehören:

Immobilienbewirtschaftung (MFH und Gewerbe / kein Stockwerkeigentum) angepasst an Ihre individuellen Bedürfnisse

Erstvermietungen nach Neubau oder Sanierung

Vermittlung und Verkauf von Anlageobjekten

Ihr persönlicher Kontakt:

Manuel Nef 071 914 72 74

manuel.nef@immo-center.ch

Unser Marktgebiet



Besuchen Sie uns auf unserer Website:
www.immo-center.ch oder über QR-Code



Homepage



Offene Stellen

Bundeslager der Pfadi im Goms

Ich glaube an die Schweizer Jugend

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld



Das Pfadi-Bundeslager findet nur alle 14 Jahre statt. Heuer, wie bekannt, im schönen Goms, einem wunderschönen Hochtal, welches von der sonst allgegenwärtigen Bauerei noch kaum verschandelt ist. Auf dem Gelände des ehemaligen Militärflugplatzes trafen sich nebst rund 30'000 Schweizern etwa 300 Pfadis aus Tschechien, England, Schweden etc., einige

waren sogar aus den USA angereist. 5'000 sogenannte Rover halfen in der Organisation mit, darunter auch meine Frau und ich. Wir waren etwas abseits untergebracht und genossen im Gegensatz zu den Pfadern Küchenservice und täglich warme Duschen. Dafür waren wir täglich für die Pfader im Einsatz, ich z.B. als Gästebetreuer – und zusammen mit meiner Frau in einem Materialausgabezelt der Armee ganz am Ende des Lagerplatzes.



30'000 Pfader im Lager am 1. August

Die Armee hilft

Die Armee stellte nicht nur eine unübersehbare Menge von Material zur Verfügung wie Blachen, Zelte, Fahrzeuge, Rettungsfahrzeuge, und Personal. Mit ihrer Hilfe wurden auch die mobilen Sanitätseinheiten für die Primärversorgung auf dem Platz organisiert. So entstand im Goms die grösste Notfallpraxis der Schweiz mit etwa 500 Patientenkontakten pro Tag. 70 Ärzte waren zu wechselnden Zeiten auf Platz, unterstützt durch 200 Pflegefachpersonen. Über 20 grosse Festzelte ergänzten die Infrastruktur. Die Beschaffung war schwierig, da wegen den Coronamassnahmen viele Zeltvermieter in Konkurs gegangen waren. Die Post betrieb ein eigenes Postzentrum und lieferte tausende Fresspäckli aus, sie hat sogar eine Sonderbriefmarke kreiert, welche nach Rauch duftet.

Eiskalte Duschen

Es war eine ausserordentliche Freude, durch das riesige Lagergelände zu spazieren, welches gespickt war mit Spatz-Zelten, Armee-Zelten und Lagerbauten. Die Pfader hatten dies alles selbst aufgebaut und mussten auch selbst kochen. Auch die 700 Toiletten mussten die Pfadis selbst reinigen. Sie absolvierten ein pfaditypisches Lagerprogramm mit Wanderungen, Geländespielen, Basteln und Wasseraktivitäten. Zudem gab es unzählige Aktivitäten im Goms und in der Umgebung. Wegen des Wassermangels durften die Pfadis nur ein mal pro Woche duschen – mit eiskaltem Wasser, was zu viel Geschrei führte. Mit dem kalten Flusswasser wurde auch das Verpflegungszentrum der Migros gekühlt. Alternativ stand auch der Geschinersee – ein vor einigen Jahren neu angelegtes Naturschutzgebiet – zum Baden zur Verfügung.



Mit einem meiner beiden Söhne, die als Teilnehmer am Mova waren

Glaube wiedergefunden

Vom Open-Air in Frauenfeld bin ich konsumverfallene, vergnügungs- und betäubungsmittelsüchtige selbstverliebte Jugendliche gewohnt, welche nach ein paar Tagen in ihrem eigenen Abfall versinken, nur konsumieren und nichts liefern. Deshalb war es eine Freude, die vielen Pfadis zu sehen, welche vergnügt ihren Tätigkeiten nachgingen und dabei keinen Abfall hinterliessen. So habe ich meinen Glauben an die Jugend wiedergefunden.

Hermann Lei

BE Ehrensperger Partner
Vermögensverwaltung

Ehrensperger Partner Vermögensverwaltung AG
Hamelrainstrasse 15
CH-8302 Kloten
+41 (0)44 815 59 00
info@ehrenspergerpartner.ch

Leserbriefe

«Kopfrechnen fürs Klima»

Professor Hans Geiger bringt es in seinem brillanten «Brisant»-Beitrag vom 22.7.2022 auf den Punkt: Der offenbar allwissende und auf jeden Fall hochbezahlte Klima-Papst Prof. Knutti erwähnt die masslose Zuwanderung mit keinem Wort. Es sind bereits viel zu viele Leute in unserem kleinen Land. Und wenn es bald zehn Millionen sind? Wo sollen unsere Nachkommen noch leben? Die enorme Zuwanderung, die Asyl-Industrie und die damit zusammenhängende Sozialindustrie wuchern seit Jahren. Die nichtsnutzige Uno, die EU – und wie die supranationalen Gebilde alle heissen – beschäftigen sich mit sich selbst und nützen nur den abgehalfterten Politikern aus aller Welt. Bald sind wir Fremde im eigenen Land – für das wir uns im Miliz-System in Behörden, im Militär, in der Kirche, in der Feuerwehr etc. das ganze Leben eingesetzt haben.

Louis Landolt, Esslingen ZH

«Rettet die Sprache!»

Ich gratuliere Hans Fehr für seinen treffenden Beitrag «Rettet die Sprache!» in der Schweizerzeit Nr. 14/2022. Als Germanist bin ich der Schweizerzeit dankbar, dass sie sich so engagiert für den Erhalt einer korrekten deutschen Sprache einsetzt und sich damit vom Mainstream wohltuend abhebt. Das ist, wenn man die heutige Presselandschaft überblickt, alles andere als selbstverständlich.

Mario Andreotti, Literaturwissenschaftler, St. Gallen

Die Schweiz in die Nato?

Laut Medienberichten beginnen Schweizerinnen und Schweizer angeblich, an unserer integralen Neutralität zu zweifeln, und sie möchten «näher bei der Nato sein». Ein kompletter mediengemachter Unsinn! Das würde zwingend bedeuten, dass wir unser bewährtes Sicherheits- und Friedensinstrument preisgeben und dass unsere Milizsoldaten im Kriegsfall auch im Ausland kämpfen müssten – also den Kopf hinhalten müssten für fremde Interessen. Das würde die Motivation, in unserer Miliz-Armee Dienst zu leisten, zusätzlich

massiv senken. Und eine Profiarmee kommt erst recht nicht in Frage.

Andreas Ungricht, ehem. Grossrat, Basel

Verdunkelung

Dank der deutsch-österreichischen grünen Achse Habeck/Baerbock – Gewessler und ihren fanatisierten «Fridays for future»-Fans, die sich mit Schnellkleber am Asphalt festmachen und sich als «letzte Generation» inszenieren, wird man sich in Österreich bald wie im Zweiten Weltkrieg vorkommen. Weil uns Putin u.a. wegen der EU-Sanktionen das Gas abdreht und wir ohne Strom im Finstern einsam vor uns hinfrieren werden. Danke EU, von der Leyen und van der Bellen.

Helwig Leibinger, Wien

«Swissness-Debatte ad absurdum geführt»

Kürzlich ist in der NZZ ein Artikel über die die «Brasserie Federal» im Zürcher HB erschienen. Zuerst glaubte ich an einen Scherz, der sich aber zunehmend zum Ärger und zur Wut entwickelte. Da wird doch ein Traditionslokal wie das Federal, welches seit Jahrzehnten die Schweiz in bester Manier zeigt, plötzlich an den staatlichen Pranger gestellt. Und zwar von der Bundesverwaltung, die anscheinend nicht anderes zu tun hat, als sich um die Verwendung des Schweizerwappens in einem Schweizer Lokal zu kümmern. Und der Gipfel: Die Richter drohen mit Gefängnis, falls die Schweizeremblem nicht entfernt werden! Dass einigen Beamten der gesunde Menschenverstand fehlt, ist leider eine Tatsache. Dass Richter aber solche weltfremden Urteile fällen, ist ein Skandal. Wer stoppt diese absurden Machenschaften?

Walter Fügli, Wollerau SZ

Wann kommt die Götterdämmerung?

Die westeuropäischen Regierungen versenken willentlich ihre eigenen Volkswirtschaften im Elend. Und die Bevölkerung schaut zu, wie die Politik, Medien und Wissenschaft einander Stromspar-Tipps geben. Mit Stromspar Tipps aus der Krise? Ist das noch Wirklichkeit oder schon schwarze Satire? Aber allem Anschein nach ist das Vertrauen in die Obrigkeit immer noch blind. Solange die Bevölkerung nicht leiden und verzichten muss, wird die Misswirtschaft der Elite



innova
Sicherheitstechnik.com

INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG
Lindenhofstrasse 8a
9630 Wattwil
+41 71 988 22 00
info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik





Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!











WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.CH

Neutrale schlagen sich auf keine Seite



Der Bundesrat beschloss am 28. Februar, sich den EU-Sanktionen gegen Russland anzuschliessen. Das war drei Monate vor der für Sommer 2022 erwarteten Publikation des Neutralitätsberichtes durch das EDA. Zweck des Berichtes ist es, die Grundlage für eine umfassende Debatte zur Schweizer Neutralität zu liefern. Soweit, so gut. Wer aber ist dabei federführend? Und noch wichtiger: Zu welchem Ergebnis kommt man bezüglich unserer bewaffneten Neutralität?

Antwort: Das EDA ist für die Berichterstattung zwar federführend, überlässt aber einen Gutteil der aktuell zu treffenden Entscheide bezüglich Schweizer Neutralitätsgestaltung den Departementen VBS, WBF und EJPD. Schlimm? Noch nicht! Die Irritation wird handfester, wenn man erfährt, wer noch involviert ist: eine «Expertengruppe Neutralität 22», der fast ausschliesslich ehemalige, meist selbsternannte Fachkoryphäen angehören.

Es reden zum Thema schweizerische Neutralität mit: Yves Daccord, ehemaliger Direktor des IKRK; Martin Dummermuth, ehem. Direktor des Bundesamtes für Justiz; Christoph Mäder, ehem. Präsident von «economiesuisse»;

weiterhin stillschweigend hingenommen. Erst wenn die Schulden und das Desaster zu gross sind, werden die Leute erwachen – wie immer in der Geschichte ist es dann aber bereits zu spät. Willkommen also in einer neuen, selbstverschuldeten Krise.

Konrad Rüegg, Ebnat-Kappel SG

Milizarmee: Es braucht einen Neubeginn

«Die Armee 95», von Bundesrat Villiger veranlasst, war noch kein Problem. Eine Katastrophe für die Sicherheit unseres Landes war jedoch Ogis «Armee XXI». Nicht nur wurden die Bestände so reduziert, dass eine Verteidigung unseres Landes bei einem Angriff völlig unmöglich geworden wäre. Schlimmer waren die Aufgabe der milliardenschweren Kampf-Infrastruktur (Sprengobjekte, Festungsminenwerfer) und die de facto-Abschaffung der Miliz durch die sogenannte «Professionelle Führung» ab Bern. Für 650'000 AdA (Angehörige der Armee) gab es seinerzeit etwas über sechzig «Generäle» (Brigadiers, Divisionäre, Korpskommandanten). Heute hat Bern 52 «Generäle» für 100'000 AdA. Eine lächerliche Geldverschwendung, von Professionalität keine Spur! Die Schuld am desolaten Zustand liegt nicht nur beim Bundesrat, sondern ebenso beim Parlament und den Parteien. Wozu haben wir Sicherheitspolitische Kommissionen? Von ihnen kam kaum je ein Einwand. Offenbar gibt es diese Kommissionen nur zur Entgegennahme der Sitzungsgelder. Es braucht einen grundlegenden Neubeginn, wenn auch unsere Enkel noch ein Leben in Sicherheit haben sollen.

Simon Küchler, Korpskommandant aD, Steinen SZ

Philippe Rebord, ehem. Chef der Armee; Renè Rhinow, ehem. Ständerat und emeritierter Professor für öffentliches Recht; Renata Jungo-Brüngger, ehem. Vorstandsmitglied der Schweizer Mercedes-Benz Gruppe.

Mit Verlaub: Was hat das ehemalige Führungsmittglied aus der Teppichetage eines gewinnorientierten deutschen Automobilherstellers bei der politischen Entscheidungsfindung der souveränen Schweiz in Sachen Neutralität zu suchen? Und welches politische Gold erschürfte nun das hochelitäre, sich selbst beweihräuchernde Konsortium aus dem Niemandsland beruflicher «tempi passati»? Zitat der Gruppe: «Es wird gefordert, dass die Schweiz näher mit der Nato zusammenarbeitet oder idealerweise der Nato beitrifft – unter Verzicht auf ihre traditionelle immerwährende, bewaffnete Neutralität.»

No comment. Doch möge ein anderer, ein besserer Mann die richtigen Worte zum Wesen des schweizerischen Neutralität, nämlich Friedrich Dürrenmatt: «Kein Staat fusst so sehr auf Neutralität wie die Schweiz. Nur in ihr ist eine Freiheit möglich, die nicht Willkür ist. Unser Beitrag zum Frieden in der Welt fusst auf der Überzeugung: Immerwährende Neutralität statt einseitiger Parteinahme.» Dem ist nichts hinzuzufügen!
Charly Pichler pichler@thurweb.ch

Als erfolgreiches Familienunternehmen suchen wir zur Verstärkung per sofort Sie als

Versicherungsfachfrau/mann—Generalist/in
Backoffice 80—100%

Ihre Qualifikationen

- Abgeschlossene Lehre als Kaufmann/Kauffrau Privatversicherung, Berufsmatur von Vorteil
- Solide Kenntnisse im Versicherungs- oder Brokerbereich
- Mehrjährige Erfahrung in der selbständigen Betreuung von Unternehmenskunden
- Humorvolle, fröhliche Wesensart, kommunikative Persönlichkeit, sorgfältige Arbeitsweise, gute Deutschkenntnisse, Englisch von Vorteil

Erwarten dürfen Sie

- Attraktive Entlohnung, sehr harmonisches Team, Arbeitsplatz und IT auf modernstem Stand
- Schrittweise Einführung zur selbständigen Beratung und Betreuung eines schönen nationalen und internationalen Kundenstamms
- Spannende Tätigkeiten über sämtliche Versicherungssparten hinweg
- Rasche Entscheidungsprozesse, schlanke Strukturen und grosse Selbständigkeit im über 50-jährigen inhabergeführten Familienunternehmen

Haben wir Ihr Interesse geweckt?
Dann senden Sie doch bitte gleich Ihre Bewerbung an elisabeth.walser@walser.ch, DW 044 724 50 22 oder scannen Sie den QR-Code. Wir freuen uns auf Sie!

Sicher zu Ihrem Vorteil
Walser Consulting AG | Moosstrasse 2A | 8803 Rüslikon | www.walser.ch

Im Gespräch mit Dr. Hans-Jörg Bertschi

Europa – die Welt – die Wirtschaft

Täglich erblickt man Container und Camions mit der Aufschrift «Bertschi Dürrenäsch». Nicht nur in der Schweiz, vielmehr europaweit, aber auch ausserhalb von Europa. Die im aargauischen Dürrenäsch domizilierte Familienunternehmung, spezialisiert auf den Transport flüssiger und loser Chemieprodukte, erfreut sich offensichtlich weltweiter Nachfrage.



Die Schweizerzeit hat mit dem Chef des Unternehmens, Dr. Hans-Jörg Bertschi, kürzlich ein Gespräch geführt – zu den weltweiten Nachschubproblemen, zur politischen Lage, zur Wirtschaftsentwicklung, zur Tatsache, dass Bertschi Dürrenäsch sowohl in Russland als auch in den USA Transporte durchführt: Wie ist so etwas möglich, während die Regierungen dieser Länder Kriegsgegner sind?

Angriff auf die Ukraine

Bertschi Dürrenäsch ist seit bald zwanzig Jahren in Russland aktiv. Hans-Jörg Bertschi nimmt zur Beurteilung des russischen Angriffs auf die Ukraine kein Blatt vor den Mund und verurteilt diesen scharf. Einschränkungen, seine Geschäftstätigkeit in Frage stellende Reaktionen, hat er bislang keine erfahren. Dies, so Hans-Jörg Bertschi, weil Bertschi Dürrenäsch bezüglich Transport von Chemiegütern Sicherheitsanforderungen erfüllt, die kein Konkurrent in Russland ebenbürtig erfüllen könne. Deshalb werde die Firma vor allem von Chemieproduzenten aus Westeuropa, die nicht sanktionierte Rohstoffe – wie etwa jene der Nahrungsmittel- oder Pharmabranche – nach Russland liefern, nach wie vor gerne eingesetzt. Allerdings sind die Transportmengen auf weniger als einen Viertel des Vorkriegsniveaus eingebrochen.

Die Firma Bertschi gehört zu jenen Logistikunternehmen, die von der EU zu Berechnungen und Stellungnahmen angefragt worden sind, wie die siebzig

Millionen Tonnen Getreide, welche in der Ukraine jährlich geerntet werden, auf Schiene und Strasse exportiert werden können, wenn die Schwarzmeer-Häfen der Ukraine kriegsbedingt nicht benutzt werden können. Das Resultat sei so niederschmetternd wie klar: Ohne Nutzung des Seewegs könne nicht einmal zwanzig Prozent des ukrainischen Getreides – Nahrung vor allem für Afrika – exportiert werden. Und auch das nur, wenn die theoretisch vorhandene Kapazität auf Strasse und Schiene vollumfänglich genutzt werden könne – was heute nicht der Fall sei.

Für 2022 könne im Übrigen mit einer normalen Ernte gerechnet werden. Die riesigen Getreide-Anbaugelände seien bisher im Krieg, der vor allem die Städte treffe, nur wenig zu Schaden gekommen.

Als auch in Russland tätiger Unternehmer geht Hans-Jörg Bertschi davon aus, dass der Krieg Russlands gegen die Ukraine mit seinen internationalen Auswirkungen Russland wirtschaftlich um wohl zwanzig bis dreissig Jahre zurückwerfe. Die Logistikinfrastruktur für die Umleitung bisheriger russischer Rohstoffexporte vom Westen in den Osten (etwa nach China) müsse zuerst erstellt werden. Dafür dürften viele Jahre erforderlich sein.

Wirtschaftseinbruch

Die gravierenden Unterbrüche globaler Nachschubströme trifft die Schweiz als Produktions- und Vertriebsstandort nach Meinung Hans-Jörg Bertschis einschneidend. Auf die Wirtschaft dürfte dies im Jahr 2022 noch kaum grosse Auswirkungen zeitigen. Was in diesem Jahr von Firmen geliefert wird, ist vor allem während des starken Aufschwungs nach Corona, noch vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs, als Nachfrage entstanden.

Aufträge, die jetzt infolge Lieferungsausfällen von Komponenten nicht ausgeführt werden können – Deutschland geht für 2022 von einer Reduktion der Personenwagenproduktion von 70'000 bis 80'000 Stück aus – würden die Umsätze in der zweiten Jahreshälfte treffen. Die Ausfälle werden gegen Ende 2022 sichtbar werden. Die starken Kostensteigerungen und die aus der Überwälzung auf die Preise entstandene Inflation werde diesen Rückgang für eine gewisse Zeit jedoch noch übertünchen.

Mit einem allgemeinen Wirtschaftsrückgang ist laut Hans-Jörg Bertschi frühestens im ersten Quartal 2023 zu rechnen. Er erwartet im nächsten Jahr eine

Rezession, fügt aber sofort hinzu: «Als Unternehmer muss man jederzeit auf eine solche Situation gefasst sein. Wer Schwierigkeiten, wie sie sich für die nächsten Quartale abzeichnen, nicht die Stirn bieten kann, wer Wirtschaftseinbrüche nicht meistern und verkraften kann, versagt als Unternehmer.»

Für Europa schlägt gemäss Aussage von Hans-Jörg Bertschi eine Schicksalsstunde: Erweise sich Europa als unfähig, die durch Ukraine-Krieg und Versorgungsunterbrüche sowie durch Covid-bedingten zeitweisen Produktions-Stillstand in China eingetretenen Rückschläge und die damit verbundene Inflation bewältigen zu können, dann sei sein Abstieg in das wirtschaftliche Mittelfeld vorgezeichnet.

Stromversorgung

Die Versorgung der Schweiz mit ausreichendem, konstant nutzbarem und bezahlbarem Strom werde für unser Land zu einer eigentlichen Schicksalsfrage. Schon jetzt sei zu fordern, dass eine realistischere Betrachtungsweise lange gehegte Illusionen und Utopien endlich verdrängen müsse.

Der von der wirtschaftlichen Landesversorgung unter Bundesrat Parmelin vorgelegte Plan «Notversorgung Strom» zur Überbrückung der absehbaren Winterstromlücke werde von Seiten der Wirtschaft als realistisch eingeschätzt. Aber der Gesamtbundesrat folge ihm (noch) nicht. Die «Energiewende», von der man 2015 geträumt habe, müsse dringend mit der Realität in Einklang gebracht, praktisch also verabschiedet werden. Selbstverständlich gehöre zur Energieversorgung, dass alternative Energien wie die Photovoltaik zu nutzen seien, dass neue Möglichkeiten der Energiegewinnung gesucht würden – beispielsweise durch Nutzung organischer Abfälle. Die Meinung, damit den Energiebedarf in der Schweiz auch im Winter auf Dauer decken zu können, ist aus der Sicht Hans-Jörg Bertschis aber unrealistisch.

Der Bundesrat müsse sofort auch bezüglich des Ausbaus der Energieversorgung handeln, nicht bloss Mangelszenarien für die allernächste Zukunft beschwören. Strom-Rationierung, Strom-Einschränkung oder gar Blackout hätten eine katastrophale Auswirkung auf die Wirtschaft der Schweiz und die weltweite Reputation unseres Landes. «Es gibt in der Schweiz viele Projekte zur Steigerung der Stromproduktion mit Wasser- und Windenergie, die seit Jahren durch Einsparungen blockiert sind. Gemäss Bundesamt für Bevölkerungsschutz ist eine dauernde Strommangellage das grösste Risiko für unser Land, schlimmer als eine Pandemie. Bundesrat und Parlament sind zum Handeln aufgefordert – auch mittels Notrecht.»



Bertschi Dürrenäsch: Spezialtransporte in aller Welt

Gütertransport

Zunächst verweist Hans-Jörg Bertschi auf einen bedeutenden – von den Medien bislang kaum beachteten – Fortschritt: Bezüglich der europäischen Nord-Süd-Eisenbahn-Transversale (Nordeuropa – Gotthard – Südeuropa) bilde der Abschnitt Karlsruhe-Basel nach wie vor – und gemäss Ausbauplänen der Deutschen Bundesbahn noch bis in die Vierzigerjahre – einen insbesondere den Güterverkehr schwerwiegend behindernden Engpass. Es sei nun aber gelungen, Frankreich zur durchgehenden Elektrifizierung der linksrheinischen Eisenbahnlinie (Mannheim – Strassburg – Mülhausen – Basel) zu bewegen, was die Leistungsfähigkeit der Nord-Süd-Gütertransversale auf der Schiene entscheidend verbessere, da das verkehrsgeplagte Nadelöhr Süddeutschland vor 2030 teilweise umfahren werden kann. Damit werde die Verlagerung des Nord-Süd-Güterverkehrs auf die Schiene markant beschleunigt.

Hans-Jörg Bertschi, weltweit engagierter Spediteur, macht dazu aufmerksam auf eine weitere Chance: «Bezüglich der Verlagerung vom Strassentransport auf den kombinierten Verkehr entwickelt sich seit einigen Jahren der Auflieger-Transport (der Verlad von Sattelschlepper-Anhängern auf Bahnwagen) parallel zum Container-Transport relativ rasch.» Die Schweiz könne solcher Verlagerung von Auflieger-Verladungen auf die Bahn markant Auftrieb geben, wenn auch im Strassentransit durch unser Land nur noch Auflieger zugelassen würden, die ausnahmslos verladbar (kranfähig!) wären. Würde die Schweiz dies verfügen, so könnte die Verlagerung des Transitgüterverkehrs auf die Bahn markant beschleunigt werden. Jeder Spediteur würde nach Möglichkeiten suchen, Auflieger zumindest über lange Distanzen per Bahn zu transportieren, die nach Ablad sofort von einer Zugmaschine übernommen würden. Zu solchem Fortschritt müsste die Schweiz Hand bieten.



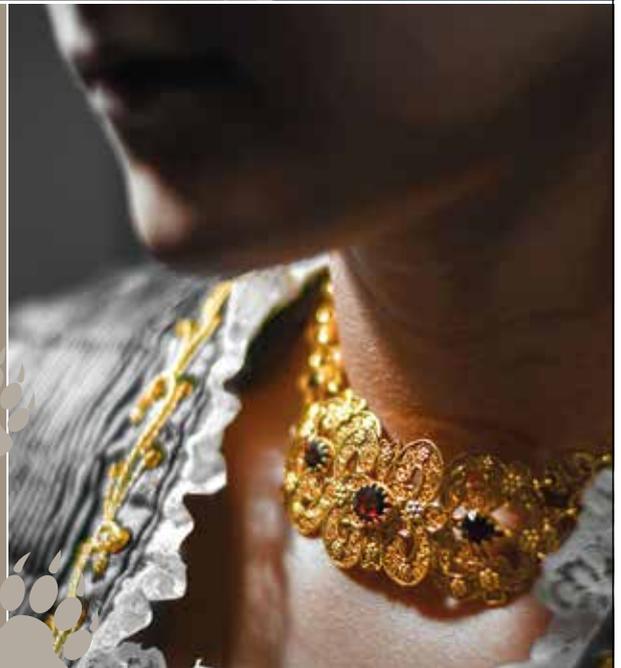
Gelebtes Appenzeller Brauchtum im Bären Gonten

Buchen Sie jetzt Ihr Arrangement unter
www.baeren-gonten.ch oder +41 71 795 40 10.



BÄREN
GONTEN | APPENZELL

Boutique Hotel Bären Gonten AG
Dorfstrasse 40 | 9108 Gonten



Kulturelle Aneignung – eine Replik

Unzensuriert



In Zürich muss das Kulturzentrum «Rote Fabrik» sich dafür entschuldigen, anlässlich der Streetparade eine dunkelhäutige Puppe als Dekoration aufgestellt zu haben. In Bern muss ein Konzert abgebrochen werden, weil sich Besucher an den Rasta-Frisuren weisser Bandmitglieder stören. In Hannover verweigern die Behörden einem Familienzentrum die Finanzierung für ein Projekt mit Indianerferien für Kinder aus ärmlichen Verhältnissen – wegen dem Wort «Indianer».

Die Debatte um «kulturelle Aneignung» hat Europa erfasst. Doch was ist so gravierend an kultureller Aneignung, dass Konzerte abgebrochen werden müssen oder einem Ferienprojekt für arme Kinder der Geldhahn zugedreht wird? Gemäss Wikipedia macht sich der kulturellen Aneignung schuldig, wer als Träger einer «dominanteren Kultur» Elemente einer «Minderheitskultur» übernimmt und sie ohne Genehmigung, Anerkennung oder Entschädigung in einen anderen Kontext stellt. Der Vorwurf kultureller Aneignung ist eine der jüngsten Ausprägungen hysterischer politischer Korrektheit – und eine der gefährlichsten.

Bereits die gedanklichen Voraussetzungen dieses Konstrukts sind zweifelhaft: Es braucht einige Fantasie, um die

westliche Kultur in Zeiten von Postmoderne und Multikulti noch als dominant anzusehen. Zudem geht die Debatte in ihrer ganzen Hysterie von den USA aus, genährt von der dornenvollen Geschichte der Sklaverei. Wer in Europa den Mahnfinger erhebt, bedient sich eines Exportprodukts aus den USA und betreibt selbst eine Art kultureller Aneignung.

Vor allem aber untergräbt der Vorwurf kultureller Aneignung die Kultur selbst: Jede erfolgreiche Kultur hat Elemente anderer Kulturen übernommen: Die frühen Christen übernahmen Elemente heidnischer Kulturen; christliche Gelehrte nutzten im Mittelalter Erkenntnisse der hochentwickelten arabischen Wissenschaften und arabischer Philosophen, welche ihrerseits auf den antiken Gelehrten aufbauten. Kulturelle Aneignung ist nichts anderes als die Folge von Wettbewerb zwischen Kulturen, und es wäre reine akademische Arroganz, vom Schreibtisch aus eine scharfe Trennlinie zwischen guter und schlechter Aneignung ziehen zu wollen.

Die Übernahme von Elementen fremder Kulturen als «kulturelle Aneignung» zu kritisieren, bedeutet letztlich, die fremde Kultur für die Fremden zu reservieren. Ein solcher politisch-korrekt Antirassismus ist vom Rassismus nicht mehr weit entfernt.

Patrick Freudiger

Churz & Bündig

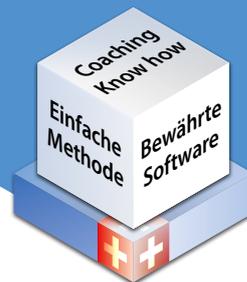
Der Anschlag auf Salman Rushdie wird in den hiesigen Medien zwar verurteilt – als schlimmer Ausfluss von «Extremismus». Dass dahinter selbst Staaten stehen, die in der Uno und im Uno-Rassismus-Ausschuss angeblich «verbindliches Völkerrecht» schaffen, wobei muslimische Verbrechen konsequent vor Verfolgung und Sanktionen geschützt, dafür die Verurteilung Israels zum Kult erhoben wird, wird teilnahmslos hingenommen. Warum bleiben jene, die Völkerrecht sonst als unantastbar bezeichnen, zu solch massivem Missbrauch von Völkerrecht selbst dann noch penetrant schweigsam, wenn Uno-Mitglieder (wie beim Anschlag auf Rushdie Tatsache geworden) die Urheber blutiger Attacken gar skrupellos loben?

*

Alain Berset, als Ringier-Produkt in den Bundesrat gehievt, ist als Seitenspringer und regelunkundiger Hobbypilot sichtlich in die Defensive geraten. Er weiss sich zu helfen und hat Verstärkung gesucht und gefunden: Während gegen ihn Sonderermittlungen laufen, beruft er eine Blick-Bundeshaus-Journalistin aus dem Haus Ringier als seine Co-Presseschefin an seine Seite. Und die ganze Medienmeute – aber auch alle Politiker von Linksaussen bis weit in die Mitte – schweigen zu diesem sehr speziellen bundesrätlichen Gegendruck ebenso «lautstark» wie beharrlich.

US

Werden Sie Unternehmer in unserem Netzwerk!



Wir suchen Persönlichkeiten, die sich eine eigene Existenz aufbauen wollen und ihre verkäuferischen und beratenden Fähigkeiten als selbständiger **Managementberater** einsetzen möchten.

Spielen Sie mit in unserer Erfolgsgeschichte! Detaillierte Informationen finden Sie unter www.fee-consult.ch.



FEE-Consult AG
Paul N. Burch
Trottenackerstrasse 4
8102 Oberengstringen
Tel. +41 44 751 80 20
buero.p@fee-consult.ch





10 JAHRE
TOYOTA
GARANTIE

TOYOTA bZ4X

100% elektrisch. 100% 4x4.



TOYOTA **bZ**

Service-aktivierte 10-Jahres-Garantie oder 160'000 km ab 1. Immatrikulation für alle Toyota Fahrzeuge (es gilt das zuerst Erreichte). Detaillierte Informationen finden Sie in den Garantiebestimmungen auf toyota.ch.



emilfrey.ch

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Blackout

Ein Blackout ist für unsere Wirtschaft, unsere Arbeitsplätze und Haushalte eine schlimme Bedrohung, schlimmer noch als Corona! Dort wo keine Notstromsysteme vorhanden sind, fallen Computer, Server, Telefone, Beleuchtungen und Belüftungen aus. Man kann in den meisten Betrieben nicht mehr arbeiten. Wegen den Geld- und Billettautomaten und wegen ausfallenden Kassensystemen funktioniert der Zahlungsverkehr nur noch mit Cash. Ein Blackout wäre verheerend für die Tiere in der Landwirtschaft, Lebensmittel würden verderben, es käme zu massenhaft kriminellen Handlungen, weil die Überwachungskameras und die Alarmanlagen wahrscheinlich nicht mehr funktionieren würden. Eine Stunde ohne Strom verursacht in der Schweiz Wirtschaftsschäden von bis zu 200 Millionen Franken, ein Tag ohne Strom kostet zwischen zwei und vier Milliarden.

(NR Thomas Matter, In den Sümpfen von Bern, Episode 141)

Opfer

Ein Opfer zu sein – wie auch die Behauptung, dass andere Menschen grundsätzlich Opfer wären und deshalb nicht zur Verantwortung gezogen werden können – ist zur grössten Tugend geworden. Inzwischen ist das fast wie eine neue Religion. Die Europäer haben das Christentum aufgegeben und nun diese neue Religion des Mitleids angenommen. Das verleiht ihnen eine Art Überlegenheitskomplex.

(Ayaan Hirsi Ali in «Schweizer Monat» 1098, Juli/August 2022)

Energiekrise

Die Energiekrise ist selbstgemacht. Eine Konsequenz der europäischen Politik, des Green Deal, der dazu angelegt ist, Kohle, Gas und Öl derart zu verteuern, dass fossile Brennstoffe nicht mehr eingesetzt werden. Spanien, Grossbritannien, die Niederlande, Deutschland haben über zwanzig Kohlekraftwerke abgestellt. Viele gaukeln sich vor, dass die Lücke mit Solar- und Windenergie geschlossen werden könne. Aber dann, nach der wirtschaftlichen Erholung nach der Pandemie, war plötzlich mehr Strom erforderlich. Gas wanderte als Ersatzbrennstoff in die Kraftwerke, die eigentlich nur für die Spitzenlast ausgelegt waren. Der Strompreis schnellte in die Höhe, parallel dazu der Gaspreis. Denn zusätzlich hatte die EU-Kommission das CO₂ dem Zertifikatshandel unterworfen und die Zertifikate massiv verknappt. Der CO₂-Ausstoss kostet Geld, und durch die Verknappung schoss der Preis auf fast neunzig Euro pro Tonne – das war politisch gewollt und erfolgte noch vor Putins Ukraine-Angriff.

(Fritz Vahrenholt in «Weltwoche» 29, 21.07.2022)

AUS GRENDELMEIERS
«REICH DER MENSCHEN» >>



Alter

Das Alter macht klüger; man kann dies beweisen:
Die Stirne wird höher, sobald wir vergreisen.

Industrie-Zerfall

Mercedes und andere grosse Hersteller kündigten schon an, weiterhin Verbrenner zu bauen, und zwar in China. Für Zulieferer, aber auch Maschinenbauunternehmen, die an der Herstellung von Benzin- und Dieselmotoren hängen, hätte das in den kommenden Jahren schwerwiegende Konsequenzen: Schliessung von Produktionsstätten, Forschungs- und Entwicklungszentren in Deutschland – und Abwanderung der besten Fachkräfte, wie schon aus der Nuklearindustrie.

(Alexander Wendt, in «Tichys Einblick», 08/22)

Massenzuwanderung

Seit März hat die Schweiz rund 60'000 Ukrainerinnen und Ukrainer aufgenommen – bis Ende 2022 rechnet der Bund mit bis zu 140'000 Personen. Viele von ihnen werden, angesichts der grosszügigen Rundum-Versorgung in der Schweiz, hierbleiben, obwohl ihr Aufnahmestatus Rückkehr-orientiert ist.

Von Januar bis Mai 2022 wanderten (zusätzlich, Erg. Red.) 32'702 Personen in die Schweiz ein – die Mehrheit von ihnen via Personenfreizügigkeit. Entwickelt sich diese Zuwanderung so weiter, dann werden bis Ende Jahr zwischen 60'000 und 70'000 Personen aus EU- und EFTA-Ländern in die Schweiz kommen. Deutlich mehr als in den Vorjahren: 2019 waren es 43'352 Personen und 2020 und 2021 – trotz Pandemie – 53'804 respektive 50'970 Personen.

(SVP Schweiz, 15.07.2022)

Verkaufe 25% einer AG im Aargau

Die Gesellschaft umfasst Betriebsgebäude, Büros, Restaurant und 128'000 m² in Sonderzone gelegener Landparzelle (kein Bauland).

Die AG ist 1,02 Mio. CHF belastet durch Hypotheken. Kapitalbedarf 0,77 Mio. CHF.

Verkauf nur an Selbstkäufer. Weitere Auskunft erhalten Sie unter: hwieder@outlook.com

Unser Einfluss auf das Weltklima ist vernachlässigbar

Irrweg der CO₂-Politik

von Stephan Amacker, dipl. Maschinening., Neftenbach ZH

Durch ständiges Wiederholen der Gleichung «CO₂ = Klima» glauben inzwischen bald alle Leute, dass das Weltklima allein durch das CO₂ bzw. die sogenannten «Klimagase» gesteuert werden könne.



Absolut unverständlich ist die Tatsache, dass sich in den aktuellen Diskussionen keiner mehr getraut, die Schwachstellen dieser Behauptung zu benennen. Man überlässt die Themenführerschaft den preistreibenden Profiteuren dieses «Main Streams». Viele Punkte führen jedoch den eingeschlagenen Weg ad absurdum.

Die Klimawissenschaft

Es braucht viel Aufwand, um die Bildung des Klimas zu verstehen. Die von Computermodellen abgeleiteten Extrapolationen des IPCC (Weltklimarat) werden aber kritiklos übernommen und Massnahmen durch zahllose Gesetze erzwungen. Dabei hat die genauere Erforschung des globalen Klimas mit seinen zahlreichen Einflussfaktoren erst begonnen. Die IPCC erschlägt die dabei eingespannten Politiker regelmässig mit 3'000-seitigen Berichten, die niemand liest. Mit dem Begriff «Klimaleugner» wird zudem jede Diskussion abgewürgt. Unbestritten ist, dass das Klima sich verändert, aber keinesfalls kann es allein über das Rädchen CO₂ durch den Menschen gesteuert werden.

Die Projektorganisation

Die «Energiestrategie 2050» ist gescheitert. Als erste Konsequenz wurde das CO₂-Gesetz durch das aufmerksame Volk abgelehnt. Aber immer noch versucht Links-Grün, unrealistische Ziele zu erzwingen, was zeigt, dass diese Strategie unprofessionell, ja sogar stümperhaft, formuliert wurde. Projekte mit dieser Tragweite müssen zwingend etappiert und mit Haltepunkten versehen werden, um die Möglichkeit von Korrekturen bei neuen Erkenntnissen zu berücksichtigen. Nachdem nun Ziellosigkeit und Unmöglichkeit der Vorhaben offenbar werden, greift man zum Vorschlaghammer und versucht, diese mit Gewalt umzusetzen.

Die Konsequenzen

Wesentliche Konsequenzen werden unterschlagen, und die Bevölkerung wird regelmässig hinters Licht geführt, insbesondere, weil man die Sache mit Panikmeldungen unterlegt. Dieses hinterlistige Vorgehen erreicht leider oft sein Ziel. Durch Verfassung und Gesetze wird der Bundesrat verpflichtet, den Stimmbürger neutral und vollständig zu informieren, was durch den riesige Beamtenstab, Hochschulen und Forschungsanstalten eigentlich möglich

wäre. Die Krux ist jedoch, dass die Wissenschaft auf diesem Gebiet nur Forschungsgeld vom Staat erhält, wenn die CO₂-Reduktion sich zum Ziel des Vorhabens bekennt.

Die Kosten/Nutzen-Abwägung

Völlig unverständlich ist die Haltung des Bundesrates bezüglich der Kosten, die auf uns zukommen, sowie der Erfolgsaussichten der beabsichtigten Massnahmen. Selbst wenn die Schweiz, vermutlich als einziges Land auf der Welt, das CO₂ bis auf null senkt, wird dies keinen Bruchteil eines Grades das Weltklima verändern. Mit Sicherheit aber wird sehr viel Volksvermögen vernichtet. Diese Tatsache allein sollte ausreichen, endlich die Kosten gegen den Nutzen für unser Land abzuwägen.

Scherbenhaufen Klimapolitik

In Anbetracht der dargelegten Gründe ist es an der Zeit, den Irrweg der Klimasteuerung über Milliarden von Investitionen abzubrechen und sich auf den Umweltschutz zu konzentrieren. Die Umweltkommission des Ständerates (UREK-S) demonstriert seit einem Jahr die Unmöglichkeit der Umsetzung links-grüner Phantasien. Das sinnlos verpulverte Geld wird aber zunehmend unsere Wirtschaft in den Keller fahren.

Die Dekarbonisierung

Es ist klar, dass das Verbrennen der fossilen Brenn- und Treibstoffe nicht die intelligenteste Methode der Energieumwandlung ist. Die Auswirkungen betreffen die Luftverschmutzung aber auch die Schonung der wichtigen Ressourcen Erdöl und Erdgas für Kunststoff, Pharmazie, Dünger und weiteren Produkten. Jährlich rechnet die WHO mit rund 100'000 Toten aufgrund der Kohle durch direkte (Grubenunglücke) und indirekte Effekte (Luftverschmutzung).

Dass jede Technologie einmal ihren Endpunkt erreicht und abgelöst wird, ist Realität. Bisher wurde dies erreicht, indem Forschung und Industrie bessere Systeme entwickelt haben, die neuen Marktanforderungen genügen und damit ökonomisch nachhaltig sind. Die gegenwärtige Subventionspolitik verletzt dieses Marktgesetz und führt zu Abhängigkeiten und Geldvernichtung.

Die Dekarbonisierung in einem marktverträglichen Zeitraum ist unbestritten. Jedoch soll die Ablösetechnik zunächst marktreife erreichen, damit der Kunde sie freiwillig kauft. Gute Beispiele gibt es zuhauf, wie die LED-Lampe, aber auch die Wärmepumpen, die keine Subventionen nötig hätten. Allerdings brauchen sie zusätzlichen Strom.

Die Sicherung des Wasserhaushaltes

Mit der Gletscherschmelze verliert die Schweiz ihre wichtigsten Wasserspeicher. Das Wasser wird zum knappen Gut. Um diesem Umstand vorzubeugen, ist die Kapazität der Wasserspeicher auszubauen. Die Vergrößerung der Stauseen hilft zusätzlich, die Stromnetze zu stabilisieren. Die bestehenden Projekte sind raschmöglichst umzusetzen (Grimsel, Trift u.a.). Jeder Gartenbesitzer soll wo möglich Regentonnen für die Bewässerung der Pflanzen aufstellen, die Gemeinden sollen ihre Wasserfassungen ausbauen, Bauern könnten Bäche stauen und Becken ausheben. Diese Massnahmen haben einen konkreten Nutzen für die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln.

Die Versorgungssicherheit mit Elektrizität

Die Schweiz hatte bisher eine sichere Versorgung mit Strom dank Wasser- und Kernkraft – ohne die Nutzung fossiler Brennstoffe. Links-Grün hat sich mit dem Kampf gegen die Kernkraft aufgebaut, ist nun in dieser Ideologie gefangen und treibt die Schweiz in eine Mangellage. Die neuen Alternativen (Wind, Solar) benötigen Backup-Lösungen zur Stützung des Netzes wie Gaskraftwerke, oder sie müssten gewaltig überdimensioniert und mit teuren Stromspeichern ergänzt werden.

Vorbeter Deutschland ist vollständig eingeknickt und will sogar die Braunkohle-Dreckschleudern wieder in Betrieb nehmen. Die Schweiz muss das Verbot der Kernkraft aufheben und neue, moderne Kernkraftwerke planen. Mit Geduld und Zähigkeit sind die zu erwartenden preistreibenden Einsparungen, Protestaktionen und Landbesetzungen von Links-Grün abzuwehren, um die 50-jährige Erfolgsgeschichte der sicheren, zuverlässigen und umweltfreundlichen Kernkraft fortzusetzen.

Der Tourismus

Die wunderschöne Landschaft, die lange Erfahrung der Hotellerie mit ihrer Gastfreundschaft und der bedeutende Anteil am erarbeiteten Bruttosozialprodukt verdienen es, den Tourismus in der Schweiz weiter zu pflegen. Die Verhandlung mit Windkraftwerken muss verhindert werden, nicht zuletzt, weil diese minderwertigen Flutterstrom zu hohen Kosten liefern, Unmengen an Material benötigen, die Vogelwelt gefährden und defektanfällig sind. Die schiere Menge solcher Anlagen, die benötigt würden, um die unrealistischen Ziele von Links-Grün zu erreichen, macht einen schwindlig.

Der Effekt der Einwanderung

Für den Abstimmungskampf zur «Energiestrategie 2050» im Jahre 2017 stellte die Stromwirtschaft Zahlen zum Strombedarf in der Zukunft zur Verfügung. Diese zeigten eine stetige Erhöhung dieses Bedarfs bis ins Jahr 2050. Dies wurde durch Energieministerin Doris Leuthard ignoriert, und es wurden bis zu 41 Prozent tiefere Zahlen für das Jahr 2050 genannt. Die Schweizer Bevölkerung hat inzwischen grosse und erfolgreiche Anstrengungen unternommen, um Strom einzusparen. Allerdings wurden diese Einsparungen durch die übermässige Einwanderung und durch Entwicklungen, die



alle zusätzlich Strom erfordern, überkompensiert. Der Stromverbrauch übersteigt bereits die damaligen Voraussagen der Stromwirtschaft.

Fazit

Die Formel «CO₂ = Klima» schwindelt dem Volk vor, dass man das Klima global steuern könne, was grundlegend falsch ist. Das Vorgehen der Politik ist unredlich. Es ist zwingend eine Kosten/Nutzen-Analyse durchzuführen. Der Einfluss der Schweiz auf das Weltklima ist vernachlässigbar. Die Geldmittel sind in Projekte zu investieren, die uns einen messbaren Vorteil bringen und primär die Auswirkungen der Klimaveränderung dämpfen.

Stephan Amacker

PAMAG
Metallbau

- Geländer
- Konsolen
- Pergolen
- Treppen
- Türen
- Vordächer
- Verglasungen

PAMAG Metallbau AG • Fohlochstrasse 7b • 8460 Marthalen
Tel. 052 305 43 30 • info@pamag-metallbau.ch • www.pamag-metallbau.ch

Wir bauen für Ihre Sicherheit!



In Marthalen realisieren wir schnell und kompetent alles rund ums Haus wie Geländer, Fluchttreppen, Türen- und Fensterelemente, Pergolen, Rankengerüste, Vordächer, Balkonverglasungen und andere Metallbauarbeiten. Unsere Produkte sind unterhaltsarm und zeichnen sich durch ihre lange Lebensdauer aus.

Unsere qualifizierten Mitarbeiter beraten Sie gerne ausführlich in unserem Betrieb oder auf Wunsch auch vor Ort. In unseren technischen Zeichnungsbüros planen wir für Sie Ihr Bauvorhaben. Hierfür verwenden wir moderne 3D-CAD-Anlagen. Für eine massgeschneiderte und fachgerechte Konstruktion, Fertigung und Montage sorgen unsere spezialisierten Mitarbeiter.

Paul Mayer
PAMAG Metallbau AG

«Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern»

Der Rütlichswur – aktueller denn je

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Die aktuelle Lage, in welcher sich unser Land befindet, fordert geradezu eine auf unsere Werte fokussierte Betrachtungsweise.

Der Blick zurück schärft oft den Blick in die Zukunft. Und dazu eignet sich in der ersten «Schweizerzeit»-Ausgabe nach dem Nationalfeiertag der Rütlichswur vortrefflich.

*Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,
in keiner Not uns trennen und Gefahr.
Wir wollen frei sein, wie die Väter waren, eher den Tod,
als in der Knechtschaft leben.
Wir wollen trauen auf den höchsten Gott
und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen.*

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern ...

Hier geht es um die Einzigartigkeit der Eidgenossenschaft. All jene, welche unser Land mit seiner direkten Demokratie als Auslaufmodell sehen und von einer Mitgliedschaft in der EU oder aktuell von jener in der Nato träumen, sollten bedenken, dass wir dadurch unsere Einzigartigkeit verlieren. Ein paar Ämtli in Brüssel und Reisen an unnütze Konferenzen haben noch in keinem Land zum Erfolg geführt. Und selbstverständlich sind mit dem Volk von Brüdern auch unsere Schwestern gemeint.

... in keiner Not uns trennen und Gefahr

Dabei geht es um den Zusammenhalt. Gerade wenn der Druck von aussen zunimmt, ist Einigkeit das höchste Gut. Wenn aktuell ein paar EU-Mitglieder wegen des versenkten Rahmenabkommens Giftpfeile in unsere Richtung schießen, dann ist dies die ultimative Bestätigung, dass alles richtig gemacht wurde. Bei Druckversuchen von aussen sind die Reihen zu schliessen.

Wir wollen frei sein, wie die Väter waren

Eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union, eine enge Kooperation mit der Nato, die jüngst mit Kadervergehorsam übernommenen Sanktionen der EU und vor allem die schändliche Preisgabe unserer Neutralität sind nicht geeignet, die Freiheit unseres Landes zu wahren. Und dazu gehört auch die selbstbestimmte Entscheidung darüber, wer bei uns Aufnahme finden darf.

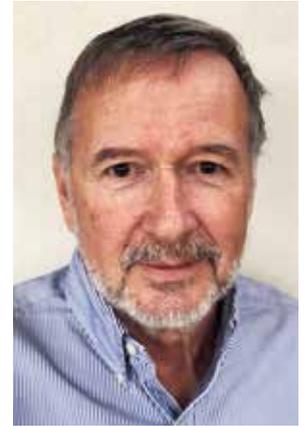
Eher den Tod, als in der Knechtschaft leben

Wir tun gut daran, mit ausländischen Staaten – selbstverständlich auch mit der EU – Verträge auf Augenhöhe abzuschliessen. Es kann aber nie mit jemandem

verhandelt werden, welcher uns die Pistole auf die Brust setzt, fremde Richter installieren will und vor jedem Vertragsabschluss eine Drohkulisse bei Nichtunterzeichnung aufbaut. Solche Verhandlungen zielen auf Knechtschaft und nicht auf Partnerschaft ab.

Wir wollen trauen auf den höchsten Gott ...

Dieser Textteil ist ein klares Bekenntnis zu Gott und somit auch zur Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, wo in der Präambel «Im Namen Gottes des Allmächtigen» steht. Alle Menschen in unserem Land sollen ihren Glauben ausüben können. Kein Glaubensbekenntnis darf jedoch das friedliche Zusammenleben tangieren oder gar Menschenleben gefährden. Wir stehen zur christlich-abendländischen Kultur mit all ihren Werten. Dazu passt auch der Schweizer Psalm, und deshalb braucht es keine Neuauflage.



... und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen

Dieser letzte Satz ist mehrdeutig. Einerseits zielt er auf die bewaffnete Neutralität, auch wenn linke Kreise die Armee lieber heute als morgen abschaffen möchten. Unser Ziel darf nie sein, im Falle von Erpressungen den Aggressor gnädig zu stimmen. Die Antwort kann nur sein, diesem mit jeder Konsequenz die Stirn zu bieten. Gerade die aktuelle geopolitische Lage mit ihrer Gefahr auf Mangellagen fordert eine entschlossene Regierung, welche die Interessen der Schweiz vertritt und sich nicht permanent mit der Frage herumschlägt, was das Ausland von uns hält und wie wir ausserhalb unserer Landesgrenzen wahrgenommen werden.

Markus Melzl



KMU

**«Technologieverbote und
ideologisch motivierte
Subventionsprogramme führen
direkt in den Blackout.»**

**Helfen Sie uns mit, für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung
der Schweiz zu kämpfen!**

Postkonto 15-654144-0 // IBAN CH12 0900 0000 1565 4144 0

SOS-KMU, Postfach 54, 8416 Flaach

www.sos-kmu.ch // info@sos-kmu.ch

Nein, eine Fussball-Reportage haben Sie hier nicht zu erwarten. Bloss den Bericht von einem Erlebnis, das Tatsache wurde, weil auf einer Ferienreise auch Wünsche mitreisender Enkelinnen das Programm bereichert haben.

So kam es zum Besuch des monumentalen Fussballstadions des FC Liverpool. Es ist gross, fasst zehntausende Zuschauer. Mit Stolz ausstrahlendem Bau lockt es Besucher ohne Zahl an, welche die ausgefeilte Infrastruktur, die Umkleideräume mit den Shirts der berühmtesten Fussballer dieser Welt, die Sponsoren-Lounge, die Verpflegungsreinrichtungen, den Presseraum, den Auslauf aufs Spielfeld bewundernd begehen. Betreut wurde man von sichtlich ergrauten Vereins-Senioren.

Akzent

Mit unserem Begleiter kamen wir ins Gespräch. Woher wir kämen, wollte er wissen. Ob man denn auch in der Schweiz den besonderen Charakter dieses besonderen Clubs kenne?

Und dann begann er zu erzählen, wie er selbst zum ihm Alles bedeutenden Club gestossen ist: Nach dem Weltkrieg, der Liverpool – Ausgangspunkt der Seeschlacht um den Atlantik – schwere Schäden insbesondere auch an den Hafenanlagen hinterlassen habe, sei die Stadt regelrecht im Elend versunken. Zu rascher Schadensbehebung habe das Geld gefehlt. Dann kam der katastrophale Niedergang der Kohleförderung. So wuchs er selbst auf in einem von Elend, Massenarbeitslosigkeit, Trunksucht, Gewaltkriminalität gezeichneten «verlorenen Quartier», wo kein Lehrer eine Schulklasse auszuhalten vermochte, wo viele seines Alters nie erfahren hätten, wer überhaupt ihr Vater sei.

Dann habe plötzlich einer, der Präsident des in diesem Quartier spielenden Fussballclubs, also des FC Liverpool, Bill Shankly mit Namen, seine Stimme erhoben: «Jungs», habe er all den verlorenen Jungen zugerufen, «ich brauche Euch! Wir, der FC Liverpool, wollen aufsteigen zu einer Mannschaft, die Weltklasse-Fussball spielt. Die zu den besten weltweit gehören soll und wird. Macht mit!»

Und dieser Aufruf habe gezündet. Auch seine Forderung, dass für das hohe Ziel hart zu trainieren sei – regelmässig,

Churz & Bündig

Wer bezüglich Energiegewinnung Forschungsverbote erlässt, entlarvt sich selbst als einer, der seine ideologisch motivierten Energieziele offenbar selbst für nicht wirklich tauglich erkennt. Wie hält es einer, welcher der Schweiz Entwicklungsfortschritte verweigert, im Parlament eines Landes überhaupt aus, für dessen Gedeihen er immerhin einen Schwur leistet?

us

täglich! Aberhunderte seien dem Aufruf gefolgt. Auch er selbst. Und auch seine Freizeit habe er dann, höchstens mit einem Sackgeld entschädigt, im Club verbracht, Freiwilligenarbeit geleistet, um dem Verein zu dienen. Der den Jungen, die nie ein Heim gehabt hätten, zur Heimat geworden sei.

*

Die Initiative dieses Präsidenten habe zunächst das ganze Quartier, dann die weitere Umgebung, schliesslich die ganze Stadt ergriffen. Der Aufruf dieses Präsidenten, Leistung zu erbringen, habe alle aufgerüttelt. Und bald habe sich gezeigt: Der Verein erzielte Erfolge

FC Liverpool

– national, europaweit, weltweit! Innert weniger Jahre sei aus dem aus einem verlorenen Quartier hervorgegangenen Verein ein weltweit bewundertes, offensichtlich auch in die Schweiz ausstrahlendes Fussballclub geworden. Zusammen mit den Beatles, ebenfalls im Nachkriegs-Liverpool gross geworden, habe der FC Liverpool den Namen dieser grossartigen Stadt in die Welt getragen.

Er selbst, der den FC als seine Heimat empfindet, sei längst nicht der Einzige, der seit seinem sechzehnten Geburtstag kein einziges Spiel des FC Liverpool verpasst habe – auch wenn er selbst nicht für die erste Mannschaft getaugt habe. Deshalb, inzwischen über achtzig Jahre alt, wolle er «seinem Verein» weiter dienen, solange er könne.

*

Auch schwere Schicksalsschläge seien gemeinsam bewältigt worden, insbesondere das furchtbare Unglück anlässlich eines Auswärtsspiels des FC Liverpool im Hillsborough-Stadion in Sheffield 1989, als die Tribüne einstürzte und Dutzende Liverpooler Fans todbringend unter sich begrub, weitere Hunderte schwer verletzte. Daraus sei der Wahlspruch des FC Liverpool entstanden: «Denk' daran, Du bist nie allein!»

Eindrücklich, diese Begegnung, die der Fünfundachtzigjährige mit der Schlussfolgerung beendete: «Leistung, Leistungsforderung ist es, womit man Jugendliche gewinnen kann. Nicht durch Bemitleidung, nicht durch Verhätschelung.»

us



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Debatte um «kulturelle Aneignung»

Stoppt die linke Verbotskultur!

von Dr. Philipp Gut, Inhaber der Kommunikationsagentur Gut Communications GmbH

In einer linksalternativen Beiz in Bern wurden weisse Musiker von der Bühne gejagt, weil sie Reggae spielten und die falsche Frisur hatten. Der Vorwurf: Das sei «kulturelle Aneignung». Der Fall hat international für Schlagzeilen gesorgt. Er illustriert die gefährliche Intoleranz linker Denk-, Sprech- und neuerdings auch Singverbote.



Plötzlich kennt halb Europa die Brasserie «Lorraine» in Bern und die Band «Lauwarm». Schuld daran ist ein unerhörter Vorgang: Ein Konzert der einheimischen Musiker wurde abgebrochen, weil sich einige anonyme Zuhörer beschwerten. Sie hätten sich «unwohl» gefühlt. Dies, weil Weiss-

häutige Reggae spielten und sogenannte Dreadlocks trugen. Man könnte darüber lachen, wenn es nicht so dumm und gefährlich wäre.

Die Logik der «kulturellen Aneignung» führt sich selbst ad absurdum: Dürfen etwa nur noch Appenzeller Appenzeller Käse essen? Dürfen nur noch die Iren Irish Folk spielen? Und was machen die «Lorraine»-Betreiber, wenn sich ihre Stammgäste darüber beschwerten, dass ein japanischer Tourist «Ghackets mit Hörnli» bestellt? Hacken sie ihm die Hand ab?

Ohne kulturelle Aneignung gäbe es keinen Jazz

Der Fall dieser urbanen Spiesserposse bewegt die Gemüter. Die «kulturelle Aneignung» sei das Gegenteil der Willensnation Schweiz, sagte SVP-Präsident Marco Chiesa in seiner 1.-August-Ansprache. Es komme nicht darauf an, woher jemand komme, sondern darauf, dass er unsere Werte teile und die Verfassung respektiere. Mindestens so deutlich urteilten prominente Linke. Der ehemalige SP-Nationalrat und Preisüberwacher Rudolf Strahm warnte in seiner Kolumne im «Tages-Anzeiger» vor den neuen Jakobinerinnen und

Jakobinern der politischen Korrektheit. Und Christian Ude, der über zwei Jahrzehnte lang Bürgermeister der Stadt München war und an der Urne jeweils Rekordwerte erzielte, stellte fest: «Ohne «kulturelle Aneignung» gäbe es keinen Jazz in Europa. Davon haben in meiner Jugend alte Nazis geträumt.»

«Berkeley-Faschismus»

Nicht von ungefähr macht in den Sozialen Medien das böse Wort vom «Berkeley-Faschismus» die Runde. Denn das Konzept der «kulturellen Aneignung» ist in den 1980er Jahren an amerikanischen Universitäten entwickelt worden. So wurde beispielsweise kritisiert, dass Madonna für das Video ihres Songs «Vogue» Elemente der schwulen Drag-Ball-Subkultur verwende – und dass sie davon finanziell profitiere. Nun könnte man das auch ganz anders sehen: Nicht als etwas Negatives, nicht als diskriminierend, ausbeuterisch oder respektlos, wie die akademischen Theoretiker der «kulturellen Aneignung» monieren, sondern als materieller Ausdruck der Wertschätzung. Kopiert zu werden, ist die höchste Form der Anerkennung.

Cancel Culture, politische Korrektheit, Gender-Ideologie

Der Fall «Bern» ist leider kein Einzelfall. Der Vorwurf der «kulturellen Aneignung» ist Ausdruck einer überhandnehmenden linken Verbotskultur. Dazu gehören die sogenannte Cancel Culture, die alles auslöschen will, was den zeitgeistigen Zensoren missfällt; dazu gehört die politische Korrektheit, die unseren Blick auf Realität vernebelt und uns Sprachvorschriften macht; dazu gehört die Gender-Ideologie, die alles aus dem Weg räumt, was irgendwie mit gesundem Menschenverstand und den Tatsachen zu tun hat. Rudolf

GOAL GLOSSAR

Positionierung

Wer nicht weiss, wo er steht, kann auch nicht verständlich kommunizieren. Deshalb erarbeiten wir mit unseren Kunden als Erstes eine genaue Lageanalyse. Das ist die Grundlage des Erfolgs!

abgel. v. «Position»; <lat.> positio (Stellung, Lage)

Positionierung

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

Strahm nennt in seiner zitierten Kolumne das Beispiel einer Alt-Feministin, die an der Universität nicht mehr sagen durfte, dass es ein biologisches Geschlecht gebe. Das alles sind Theorien einer abgehobenen linken Elite, die den Bezug zur Realität verloren hat. Die ach so toleranten Linksintellektuellen werden – Ironie der Geschichte – zur Avantgarde einer neuen Intoleranz. Der Anti-Rassismus wird selbst rassistisch. Die Anti-Diskriminierung wird diskriminierend. Der Opferkult generiert neue Opfer.

Moderne Bilderstürmer jagen «Mohren»

Ein weiteres anschauliches Beispiel liefern die modernen Bilderstürmer, die beispielsweise in der Stadt Zürich Inschriften wie «Haus zum Mohren» ausradieren. Dabei ist doch offensichtlich: Niemand zielt sein Anwesen mit einem Symbol, das er verachtet. Abgesehen davon, dass die Mohrenjäger offensichtlich keine Ahnung von der Geschichte haben. Sonst wüssten sie, dass das Wort «Mohr» vom Begriff der «Mauren» (spanisch «moros») abgeleitet ist, also von den Berberstämmen in Nordafrika, die von den Arabern islamisiert wurden und dann bei der Eroberung der Iberischen Halbinsel mithalfen. Den Arabern verdankt Andalusien bis heute herausragende Kulturdenkmäler. Ihre Herrschaft war durch eine Blüte der Wissenschaft, durch Toleranz und wirtschaftliche Prosperität geprägt. Wer damals die Bezeichnung «Mohr» verwendete oder Schwarze abbildete, drückte damit Faszination und Bewunderung für das Fremde aus – und keineswegs eine rassistisch motivierte Abwertung.

Eine weitere Inspirationsquelle für die Verwendung von «Mohren» in Inschriften und Wappen war der heilige Mauritius, ein christlicher Märtyrer der thebäischen Legion, die im 3. Jahrhundert im Wallis stationiert war. Der Legende nach soll sich Mauritius geweigert haben, den römischen Kaiser als Gott zu verehren und wurde deshalb enthauptet. Mauritius stammte aus Ägypten, er war also dunkelhäutig. Auch die Zürcher Stadtheiligen Felix und Regula gehörten zur römischen Legion aus Theben. Sie waren also vermutlich selbst Schwarze. Das müsste mal jemand Stadtpräsidentin Corine Mauch erklären.

Zensur bei der UBS

Um noch einen aktuellen Fall zu nennen: Die Grossbank UBS hat jüngst interne Sprachvorschriften erlassen, die eine «genderneutrale» Kommunikation garantieren sollen. Dabei landen ganz viele normale Wörter aus dem Banking-Alltag auf dem Index. Die UBS nennt das «masculine-coded words», also männlich konnotierte Wörter. Die Sprachpolizisten der Hochfinanz halten dies offenbar für toxisch. Dazu gehören so harmlose und zu unserem Sprachgebrauch gehörende Begriffe wie «active» (aktiv), «challenge» (Herausforderung) oder «objective» (Zielsetzung). Sie sollen durch «feminine» oder neutrale Wörter ersetzt werden. Die Junge SVP hat deshalb ihr Konto bei der UBS gekündigt und ruft alle juristischen und natürlichen Personen in der Schweiz dazu auf, ihre UBS-Konten ebenfalls aufzulösen.

Es ist etwas faul im Staate Schweiz

Die öffentliche Reaktion auf die Rasta-Schande von Bern und auf andere Auswüchse der linken Verbotskultur zeigen es: Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung kann dies nicht nachvollziehen. Trotzdem gelingt es einer kleinen, radikalen Minderheit, ihre Forderungen durchzudrücken. Wenn schon die UBS gefallen ist und wenn mitten in Bern eine Band von der Bühne gejagt wird, weil sie sich von der musikalischen Tradition Jamaikas inspirieren lässt, dann ist tatsächlich etwas faul im Staate Schweiz.

Philipp Gut

Dr. Philipp Gut ist Inhaber der Kommunikationsagentur Gut Communications GmbH, Buchautor («Jahrhundertzeuge Ben Ferencz»), Journalist beim «Nebelspalter» und Verleger der «Umwelt Zeitung». Er war Geschäftsführer des Referendumskomitees «Staatsmedien Nein», das am 13. Februar an der Urne erfolgreich das Mediengesetz zu Fall brachte.

Churz & Bündig

Im grossen Tages-Anzeiger-Interview (13.08.2022) stellt der für die Schweiz zuständige US-Botschafter seine wichtigste Botschaft dominant in den Mittelpunkt: Er sei schwul. Danach glaubt er, die Schweiz loben zu müssen: Sie habe, wenn anfangs auch zögerlich, endlich erkannt, dass Neutralitätsverzicht bezüglich der Sanktionen gegen Russland unverzichtbar sei, zumal andernfalls der Schweizer Finanzmarkt schweren «Reputationsverlust» hätte hinnehmen müssen. Ein bemerkenswert unverblümtes Eingeständnis dafür, dass vor allem US-Erpressung Cassis' Abrücken von der Neutralität ausgelöst hat. Angesichts solcher Arroganz ist dem Tages-Anzeiger-Interviewer die wichtigste Frage an den US-Botschafter offensichtlich im Hals stecken geblieben. Sie müsste lauten: «Wäre es, Herr Botschafter, nicht an der Zeit, dass auch die USA die völkerrechtlich anerkannte, der Schweiz selbst von der Uno ausdrücklich verbrieft Neutralität endlich völkerrechtskonform respektieren würde?»

us

Kopierpapier

- zum gleichen Preis wie beim Superdiscounter Brack
- portofreie Lieferung
- zusätzlich Mengenrabatt 5-15%

Angebot verlangen

OCoTex AG – 041 799 50 00



Einladung zum Fachreferat

Peter Regli, Divisionär aD und ehemaliger Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, spricht zum Thema:

«Bedroht Putin mit seinem Krieg auch die Sicherheit der Schweiz?»

Donnerstag, 13. Oktober 2022, in Bern

Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27)

Beginn: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat

Es laden herzlich ein:



Parteiunabhängiges Informationskomitee
www.pikom.ch

PRO  LIBERTATE

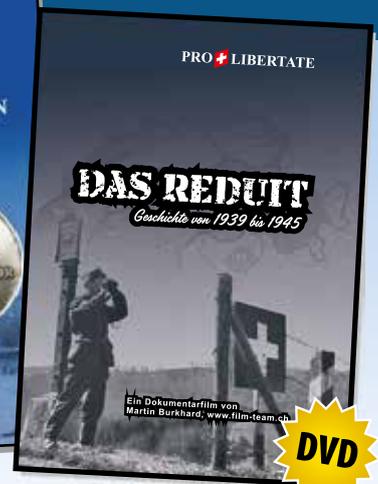
www.prolibertate.ch

Der Anlass ist öffentlich.
Eintritt frei (Kollekte).

Jetzt bestellen



Oberst Thomas Fuchs,
Präsident Vereinigung PRO LIBERTATE



SPEZIAL ANGEBOT

DVD

«Freiheit und Sicherheit sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Und Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif. Der Krieg in Osteuropa zeigt deutlich auf, dass ein Land ohne einsatzfähige Armee rasch zum Spielball fremder Mächte wird. Das gilt insbesondere für einen Kleinstaat. Nur eine neutrale Schweiz mit starker Milizarmee kann einen glaubwürdigen Beitrag zu einer sicheren Welt leisten. Tragen wir dazu Sorge – und lernen wir dabei aus den Erfahrungen früherer Generationen.»

Ich bestelle den Dokumentarfilm **«Das Réduit – Geschichte von 1939 bis 1945»** zum Preis von 24 Franken*

_____ Expl. als DVD _____ Expl. als USB-Stick

Ich bestelle _____ Expl. der **General-Guisan-Gedenkmünze** inkl. Broschüre zum Preis von 25 Franken*

Ich bestelle _____ Expl. des Buches **«Marignano 1515–2015»** zum Spezialpreis von 29 Franken (statt 79 Franken)*

Senden Sie mir Infos zu über: **PRO LIBERTATE** **PIKOM**

*zzgl. Porto und Verpackung

[PL.220819]

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Tel./E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Talon ausschneiden und einsenden an:

Thomas Fuchs, PRO LIBERTATE, Niederbottigenweg 101, 3018 Bern
(oder via E-Mail: info@prolibertate.ch oder via Telefon/SMS 079 302 10 09)

Die UBS soll sich aufs Bankgeschäft konzentrieren

Junge SVP gegen «woke UBS»

von Hans Geiger, em. Professor für Bankenwesen, Weiningen ZH

Die Leiterin der Inlandredaktion der «NZZ» diagnostiziert in einem Artikel über den Boykottaufruf der Jungen SVP gegen die UBS eine «Gegenrevolution gegen die woke UBS». Der «Blick» stellt fest, die «Woke-Kultur» bringe die Junge SVP auf die Palme. Der JSVP-Präsident spreche gar von einer radikalen Ideologie, die allen vorschreiben wolle, wie sie zu leben hätten.



Die Aktion der Jungen SVP ist für alle ein publizistischer Grosse Erfolg: Die UBS erhält in den grossen Medien endlich die verdiente Aufmerksamkeit für ihre Politik der «Diversity». Im Verhaltens- und Ethikkodex, gewissermassen die Bibel (oder der Koran) der Bank, steht, dass die Bank bestrebt sei, Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen anzuziehen, «unabhängig von deren Status, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck, Nationalität, Alter, körperlichen Einschränkungen, sexueller Orientierung oder Religion». Bemerkenswert ist, dass von den zehn Kriterien deren vier etwas mit Sex zu tun haben. Das ist echt woke.

Diversity wird nicht nur im UBS-Kodex grossgeschrieben. Auch der Konzernchef persönlich engagiert sich inmitten der UBS-Delegation an der Zurich Pride im adretten Regenbogen-T-Shirt auf der Onlineplattform von «Mannschaft Magazin», dem Magazin der LGBTIQ- und Schwulen-Community. Das ist echt woke.

Eigentlich müsste sich die UBS bei der Jungen SVP mit einem substanziellen Sponsoring bedanken, denn ohne ihren Vorstoss wäre ihre wegweisende Diversity-Politik im allgemeinen Gender-Geschrei der Medien untergegangen.

Erfolg für die Jungen

Auch für die Junge SVP ist die Aktion ein publizistischer Grosse Erfolg. Wann hat eine Jungpartei eine vergleichbare Beachtung gefunden, und zwar nicht nur in den eigenen Reihen, sondern im gesamten Spektrum der Gesellschaft? Selbst die Parteigrössen der «alten SVP» könnten auf ihre Jungmannschaft neidisch werden. Da kann man nur sagen: Weiter so! Und andere bürgerliche Kreise müssen dem Beispiel folgen.

Die Vorwürfe der JSVP

Die Jungen werfen der Grossbank politischen Aktivismus vor. Die UBS engagiere sich vehement für die intolerante und zu Gewalt neigende Woke-Kultur und erlasse abstruse und schädliche Woke-Vorschriften. Besonders kritisieren sie interne Sprachvorschriften

für eine genderneutrale Kommunikation. Erwähnt wird ein Katalog von negativ behafteten «maskulinen Wörtern», die zu vermeiden seien. Der Katalog ist abstrus. Der «Blick Online» hat daraus Auszüge publiziert. Ein Beispiel: Die UBS will künftig auf «Intellekt» verzichten und stattdessen «Verstehen» schreiben. Noch nie habe ich gehört, «Intellekt» sei typisch männlich. Auf diese Idee kann doch nur ein durchgeknallter Macho kommen. Intellektuelle Frauen dürften an der Interpretation der UBS keine Freude haben. Mit ihrer Vorliebe für Pride und Transgender will die UBS gemäss der JSVP «einer verschwindend kleinen, aber teilweise aggressiv auftretenden Minderheit» dazu verhelfen, grossen Einfluss auf Politik und Gesellschaft zu nehmen.

Toleranz für Intolerante

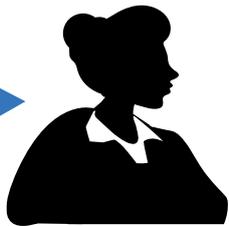
Mit ihren Sprachverrücktheiten fördert (und fordert?) die UBS bei einer Mehrheit Toleranz gegenüber einer intoleranten Minderheit. Auf längere Sicht ist das keine gute Idee. Irgendwann kann das kippen: Intolerante Mehrheiten gegen Minderheiten. Das käme nicht gut. Jesus hat in der Bergpredigt dem alttestamentarischen «Aug um Aug, Zahn um Zahn» eine Absage erteilt und gefordert, dem, der dich auf die rechte Wange schlägt, auch die andere hinzuhalten. Ob die UBS indirekt eine solche christliche Botschaft fördern will, scheint offen. Für die bürgerliche Gesellschaft dürfte das Prinzip «wie du mir, so ich dir» im Guten wie im Schlechten eine brauchbare Regel sein.

Scheinheiliges «Pinkwashing»

Mit ihrem Vorstoss möchte die Junge SVP «die UBS dazu ermutigen, ihrem Geschäft nachzugehen und den scheinheiligen politischen Aktivismus bleiben zu lassen». Ob die Bank wirklich «scheinheilig» ist, wäre jedoch zu hinterfragen. Betreibt die UBS einfach «Pinkwashing»? Darunter versteht man eine Strategie, mit der die Bank durch die angebliche Identifizierung mit der LGBT-Bewegung modern, fortschrittlich und tolerant wirken will. Zweifel scheinen angebracht. Das persönliche Engagement des Konzernchefs und die skurrilen Aussagen im Verhaltens- und Ethikkodex weisen eher auf eine Überzeugungstäterschaft hin.

Mit dem ersten Teil ihrer Ermutigung hat die Junge SVP aber sicher recht: Die UBS soll ihrem Geschäft nachgehen, für Mehrheiten und Minderheiten gleichermassen.

Hans Geiger



Vielfältige SCHWEIZERZEIT- Leserschaft



Die Schweizerzeit berichtet an dieser Stelle in lockerer Folge über Leserinnen und Leser: Es geht um interessante Lebensläufe und Berufe, besondere Leistungen und Talente, um Alltägliches, um Weltanschauungen, eindrucksvolle Erlebnisse und dergleichen mehr.

Nils Fiechter



Schon beim Telefonkontakt wird klar: Hier spricht keine Zauderi, sondern ein dynamischer junger Mann, der weiss, was er will. Kein Wunder, dass der heute 26-jährige «Senkrechtstarter» nach der kaufmännischen Lehre auf der Gemeindeverwaltung in Kandersteg (vielleicht ein zweiter Adolf Ogi?) schon mit 22 Jahren Gemeindeverwalter

in Oberwil im Simmental geworden ist. Als Gemeindeverwalter ist er Gemeindeschreiber, Bau- und Finanzverwalter in Personalunion. Nils Fiechter ist zudem Co-Präsident der Jungen SVP Kanton Bern, Strategiechef der Jungen SVP Schweiz sowie Vorstandsmitglied der SVP Kanton Bern und des Egerkingen Komitees.

Vorbild Grossvater

«Meine Mutter war alleinerziehend – auch bin ich ohne Geschwister aufgewachsen. Mein Grossvater war mein grosses Vorbild. Als Verdingbub unter schlimmen Verhältnissen im Emmental aufgewachsen, absolvierte er dennoch ein Theologiestudium und wanderte mit meiner Grossmutter nach Kanada aus. Nach einigen Jahren kam die Familie mit vier Kindern, darunter meine Mutter, in die Schweiz zurück. Danach war mein Grossvater über dreissig Jahre lang Pfarrer in bernischen Buchen in der Nähe von Thun. Er ist und bleibt für mich das Urbild eines gutherzigen Menschen, der hart für die Familie, für die Öffentlichkeit und unser Land gekrampft hat. Er ist für mich eine der Persönlichkeiten, welche die Schweiz mit Gottvertrauen und einer positiven Grundhaltung erfolgreich gemacht haben.»

Für Nils Fiechter sind die Wertvorstellungen des Grossvaters – Nächstenliebe, Ehrlichkeit, Genauigkeit – die auch er anstrebt, das Fundament unserer Gesellschaft. Oberste Priorität in der politischen Arbeit des jungen Oberländers hat deshalb der Einsatz für unsere Werte. Bei politischen Entscheidungen stellt er sich oft die Frage: «Was würde mein Grossvater dazu sagen?» Oft hilft ihm dies, einen vernünftigen Weg zu finden.

Angriffe von Linken und Medien

Als Nils Fiechter im Jahr 2019 mit 22 Jahren Gemeindeverwalter wird, laufen die Medien wegen seines politischen Engagements in der Jungpartei Sturm. «Diese Zeit war die intensivste Zeit meines bisherigen Lebens und wird mich für immer prägen. Sie hat mir klargemacht, dass Linke und

Medien nicht davor zurückschrecken, das Leben eines engagierten Jungpolitiklers zu zerstören, nur weil dieser angeblich falsche Werte vertritt. Wochenlang schrieben Kritiker Leserbriefe und schalteten bezahlte Inserate gegen meine Anstellung. Regionale wie nationale Medien drängten den Gemeinderat, mein Arbeitsverhältnis rückgängig zu machen.»

Doch der Gemeinderat bleibt standhaft. Bei Antritt seiner neuen Stelle als Gemeindeverwalter ist sich Nils Fiechter im Klaren: Dies ist die wichtigste Aufgabe seines bisherigen Lebens. Nutzt er die Chance nicht, so ist seine berufliche und politische Laufbahn wohl Geschichte. «Natürlich musste ich nun auch die Öffentlichkeit durch meine Arbeit von meinem wichtigsten Grundsatz überzeugen: Privates, Beruf und Politik sind verschiedene Paar Schuhe! Seither stehe ich täglich um 4.30 Uhr auf und erledige private wie auch politische Angelegenheiten administrativer Natur. Tagsüber aber konzentriere ich mich voll und ganz auf meine berufliche Arbeit, abends stehen meist politische Veranstaltungen an.»

Erfolge ...

2017 durfte Nils Fiechter, gemeinsam mit Adrian Spahr, die Nachfolge von Nationalrat Erich Hess als Co-Parteipräsident der Jungen SVP Kanton Bern antreten. Das Amt bereitet ihm viel Freude. «Es ist erstaunlich, was man als Präsident einer kantonalen Jungpartei alles bewegen kann!» Im gleichen Jahr gewinnen sie ein kantonales Referendum gegen zusätzliche Millionenzahlungen für unbegleitete minderjährige Asylsuchende, das die Jungpartei gemeinsam mit der Mutterpartei ergriffen hat.

2019 folgt ein weiteres Referendum gegen einen millionenteuren Transitplatz für ausländische Fahrende, der gegen den Willen der ortsansässigen Bevölkerung von Wileroltigen gebaut werden soll. «Als einzige Partei haben wir uns

Nils Fiechter, * 18.8.1996, Ausbildung und Hobbies

2009–2012	kaufmännische Ausbildung/Besuch der Wirtschaftsschule Thun
2020–2021	Lehrgang Bernischer Gemeindefachmann
2021–2022	Diplomlehrgang Bernischer Gemeindeschreiber
2022–2023	Führungslehrgang Bernisches Gemeindegremium
Zivilschutz:	Leutnant, Chef Lage (kein Militärdienst wegen erblicher Blutgerinnungsstörung)
Hobby/Sport	Tennis, Tischtennis, Kochen, Fussball



dafür eingesetzt, dass ein kleines Dorf mit nur rund 300 Einwohnern nicht gezwungen werden kann, einen Transitplatz mit 36 Wohnwagenstellplätzen erdulden zu müssen.» Dies umso mehr, als die Gemeinde jahrelang massive Probleme mit ausländischen Fahrenden gehabt hatte. «Obwohl der entsprechende Kredit in der Volksabstimmung vom 9. Februar 2020 vom Berner Stimmvolk mit rund 53 Prozent angenommen

wurde, erachte ich unseren Kampf als Erfolg. Gegen alle andern Parteien, mehrere Grossräte unserer Mutterpartei, den Regierungsrat, den Bauernverband und die gesamte Medienmacht haben wir 47 Prozent der Berner Kantonsbevölkerung von unserer Position überzeugen können.»

... und Misserfolge

Eng verbunden mit jenem Erfolg ist aber auch ein Misserfolg: Im Hinblick auf die Grossratswahlen 2018 veröffentlicht die Junge SVP Kanton Bern ein Online-Plakat mit dem Satz «Wir sagen Nein zu Transitplätzen für ausländische Zigeuner – gegen den Willen der ortsansässigen Bevölkerung». Darunter zeigt eine Zeichnung einen mit Abfall übersäten Transitplatz. Linke Einzelpersonen und Organisationen erstatten Anzeige wegen Verstosses gegen die Anti-Diskriminierungsstrafnorm gegen Nils Fiechter und Adrian Spahr. Schliesslich müssen die beiden einen vierjährigen Rechtsstreit bis vor Bundesgericht ausfechten, den sie knapp mit 2:3 Stimmen verlieren. Eine Mehrheit von drei Richtern (Grüne, Mitte und FDP) stützt das Urteil der Vorinstanz.

Dazu Nils Fiechter: «Wir wurden der Rassendiskriminierung beschuldigt, weil wir «der Ethnie der Zigeuner pauschal das Recht abgesprochen» hätten, «sich in ihrer gewohnten Art und Weise niederlassen zu dürfen». Das Urteil beweist zweierlei: Unser höchstes Gericht urteilt mitunter politisch. Zudem verfehlt die Anti-Rassismus-Strafnorm ihr Ziel, Holocaustleugner und wirkliche Rassisten zu stoppen, meilenweit.»

Themen vor Pöstchen

«Ich habe als Gemeindeverwalter einen sicheren, erfüllenden Job und bin nicht auf eine politische Karriere angewiesen. Leider haben sich auch in der SVP sogenannte «Karrierepolitiker» eingeschlichen. Sie haben weder Ecken noch Kanten und passen sich populistisch dem jeweiligen Publikum an. Sie wollen sich selbst verwirklichen und streben nach Geld und Macht. Der wichtigste Grundsatz meiner Politik lautet deshalb: Themen vor Pöstchen! Ich kämpfe für die Sache – ohne Rücksicht darauf, ob ich anecke und ob mir mein politisches Engagement persönlich etwas bringt.»

Kampf für unsere einzigartige politische Struktur

Darum hat für Niels Fiechter der Einsatz für die direkte Demokratie und die bewaffnete Neutralität, für Freiheit und Sicherheit, höchste Priorität. Er will, dass die Schweiz unsere Schweiz bleibt und dass unsere Kultur auch unseren Kindern und Kindeskindern erhalten bleibt. Darum hat er als Vorstandmitglied des Egerkinger Komitees auch das Minarettverbot und die Verhüllungsverbotinitiative unterstützt. «Es ist wichtig, dass die Schweiz über engagierte Jungpolitiker verfügt, die sich für unser Land einsetzen. Es liegt an uns Jungen, für die Schweiz von morgen und ihre bewährten Werte zu kämpfen.»

(nils.fiechter@gmail.com)

Hans Fehr

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das Schweizerzeit-Magazin.

Preis bis Ende 2022: Fr. 30.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach,

Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03

E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Die Schweizerzeit-Agenda

Mittwoch, 7. September 2022, 19.30 Uhr

«Unabhängig, kritisch und gut gelaunt» – Die andere Sicht

Öffentliches Referat von Nationalrat Roger Köppel

Zentrum Dorfmatte, 6343 Rotkreuz/ZG

Veranstalterin: SVP Risch-Rotkreuz

Mittwoch, 7. September 2022, 11.45 Uhr bis 14.00 Uhr

Polit-Lunch der SVP des Kantons Zürich

Nationalrat Mauro Tuena: Entscheidungen zur Armee

Restaurant Sonnental, Zürichstrasse 96, 8600 Dübendorf/ZH

Veranstalterin: SVP Kanton Zürich / Kosten Fr. 30.– pro Person (inkl.

Mittagsmenü) / Anmeldung obligatorisch: info@schweizerzeit.ch

Freitag, 9. September 2022, 08.15 bis 18.00 Uhr

Traditioneller Herbstausflug

Reise zum Wasserfall «Saut de Doubs» an der französisch-schweizerischen Landesgrenze

Treffpunkt 08.15 Uhr vor dem Bundeshaus in Bern

Veranstalterin: Pro Libertate / Anmeldung erforderlich: info@prolibertate.ch

BESTSELLER



Tell wacht

Carlo Jagmetti

In einem Zukunftsroman beschreibt der Autor – alt Botschafter Carlo Jagmetti – den Zerfall des Abendlandes, der auch die Schweiz erfasst. Aber diese Schweiz findet schliesslich zurück zu altem Tellen-Geist, als hätte Tell über der Eigenständigkeit der Schweiz gewacht – auch in der Zeit, da die Classe politique und die Medien die Eigenständigkeit geringschätzen.

Freiheit und Verantwortung, Lachen 2021, 272 S., brosch.,
Ihr Schweizerzeit-Sonderpreis: Fr. 15.–

AKTUELL



Wer schweigt, stimmt zu

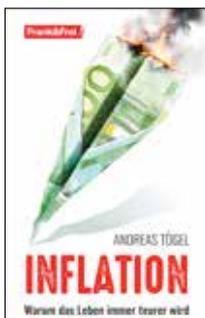
Über den Zustand unserer Zeit und darüber, wie wir leben wollen

Ulrike Guérot

Die Welt taumelt von Krise zu Krise. Insbesondere in Deutschland ist der wirtschaftliche und gesellschaftliche Niedergang mit Händen zu greifen. Aber obrigkeitlich werden Zustandsbehauptungen («Narrative») präsentiert.

Wer ihren Wahrheitsgehalt bezweifelt, wird sofort als «Weltverschwörer» diffamiert.

Westend, Frankfurt/Main 2022, 141 S., geb., (Richtpreis Fr. 22.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 20.60



Inflation

Warum das Leben immer teurer wird

Andreas Tögel

Ein dünnes Büchlein, zu dem der Währungs- und Goldspezialist Thorsten Polleit das Vorwort geschrieben hat. Nicht ein «Naturereignis» verursacht die galoppierende

Teuerung. Die Geldentwertung geht von der Überschuldung aus, gefördert insbesondere von der Europäischen Zentralbank.

Frank&Frei, Wien 2022, 98 S., Kleinformat, brosch.,
(Richtpreis Fr. 18.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 17.–

Büchertisch



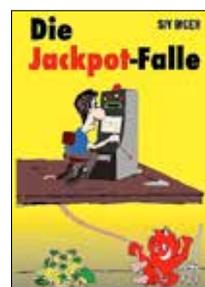
Staatsschulden

Karl Albrecht Schachtschneider

Der Autor ist ein Euro-Kritiker der ersten Stunde.

Er zeigt in einem wissenschaftlich aufgebauten Werk, wie durch die Kunstwährung Euro und die hinter ihr stehende EU-Funktionärsbürokratie Staatsschulden unermesslichen Ausmasses entstanden sind, die heute Inflation auslösen.

Duncker & Humblot, Berlin 2021, 215 S., brosch., (Richtpreis Fr. 80.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 72.–



Die Jackpot-Falle

Siv Inger

Von Jackpot-Millionenversprechen verführt, glauben weiterhin Zehntausende, ihnen könnte der Supergewinn irgend einmal zuteil werden. Sie opfern dafür ihre Zeit – allzu oft auch ihr ganzes Vermögen.

BoD, Norderstedt 2021, 272 S., geb., (Richtpreis Fr. 35.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 32.30

WELTGESCHICHTE



Geographie ist Schicksal

Machtkampf zwischen Grossbritannien, Europa und der Welt – eine 10'000-jährige Geschichte

Ian Morris

Es ist höchst bereichernd, Geschichte nicht nur länderorientiert, sondern aus vorgegebener Geographie heraus weltweit zu überblicken. Mit diesem

Ziel vor Augen ist das wertvolle, interessante, faktenreiche Werk erschienen. Empfehlenswert!

Campus, Frankfurt/Main 2022 (Profile, London sowie Farrar Straus Giroux, New York 2022) 655 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 43.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 39.50

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HEIMAT



Alles was rollt, schwimmt und fliegt

Der Visionär Alfred Waldis und das Verkehrshaus der Schweiz

Trudi von Fellenberg-Bitzi

Das Verkehrshaus der Schweiz verzeichnet alljährlich Tausende von Besuchern. Es entstand aus unermüdetem Einsatz seines ersten Direktors Alfred Waldis. Sein vielfältiges Wirken wird gewürdigt.

NZZ Libro, Basel 2022, 245 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 44.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 29.60



Die Geschichte der Schifffahrt auf dem Thuner- und Brienersee

Dr. Jürg Meister, Erich Liechti

Ein Touristen-Magnet in Wort und Bild: Zu Geschichte und Gegenwart.

Weber, Thun/Gwatt 2022, 504 S., reich bebildert, Hardcover, (Richtpreis Fr. 59.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 53.10

BUCHZEICHEN



Die Vernunft und ihre Feinde

Irrtümer und Illusionen ideologischen Denkens

Thilo Sarrazin

Der neue Sarrazin ist da – mit Beobachtung zum offensichtlichen Niedergang Deutschlands. Thilo Sarrazin, amtlich geächterter, aus vielen Buchhandlungen verbannter Bestseller-Autor, analysiert, was ideologisierte Vorgaben regierungsamtlicher Stellen, die der Wirklichkeit oft diametral widersprechen, in der heutigen Gesellschaft – amtlich Demokratie genannt – anrichten.

Und den Vorgaben nicht folgende Zeitgenossen werden pauschal als «böse» verurteilt. So wird die demokratische und liberale Gesellschaftsordnung zerstört.

Langen-Müller, München 2022, 392 S., geb., (Richtpreis Fr. 34.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 31.40

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

Carlo Jagmetti – Tell wacht **à Fr. 15.–**

Aktuell

Ulrike Guérot – Wer schweigt, stimmt zu **à Fr. 22.90**

Andreas Tögel – Inflation **à Fr. 17.–**

Karl Schachtschneider – Staatsschulden **à Fr. 72.–**

Siv Inger – Die Jackpot-Falle **à Fr. 35.90**

Weltgeschichte

Ian Morris – Geographie ist Schicksal **à Fr. 39.50**

Heimat

Trudi von Fellenberg – Alles was rollt, ... **à Fr. 29.60**

Dr. Jürg Meister, Erich Liechti – Die Geschichte der Schifffahrt auf dem Thuner- und Brienersee **à Fr. 53.10**

Buchzeichen

Thilo Sarrazin – Die Vernunft und ihre Feinde **à Fr. 31.40**

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei. (15/19.08.2022)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____ Tel-Nr. _____

Datum _____ Unterschrift _____



#digital

Die «Schweizerzeit» ist auch online mit **brisanten Beiträgen** vertreten.

Jetzt scannen und entdecken



Die nächste Schweizerzeit
erscheint am

2. September 2022

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Aktionen: Michael Trachsel

Veranstaltungen: Denise Betschart

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit,
Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelöldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Zensurgesetz

Im Februar 2020 stimmte der Souverän einer Erweiterung der Rassismus-Strafnorm (StGB Art. 261bis) – es ging um den Begriff der «sexuellen Orientierung» – mit rund 63 Prozent Ja-Stimmen zu. Uns, die wir das Referendum dagegen ergriffen hatten, wehte ein eisiger Wind entgegen. Sexuelle Orientierungen mit Rassen, Ethnien oder Religionen gleichzusetzen, wurde von einer breiten Allianz aus Medien, Mitte-Links-Parteien und selbst Kirchen als etwas völlig Logisches verkauft. Wer widersprach, wurde in die Ecke der «Homophoben» und Ewiggestrigen gestellt und ausgegrenzt. Dass unter diesen schwierigen Umständen dennoch 37 Prozent der Stimmbevölkerung, mehrere Kantone und die Mehrheit der Deutschschweizer Männer Nein gestimmt haben, ist ein beträchtlicher Erfolg, der die LGBT-Lobby gewaltig genervt hat.

Die erweiterte Rassismus-Strafnorm, von uns «Zensurgesetz» genannt, ist seit dem 1. Juli 2020 in Kraft. Im Abstimmungskampf haben wir davor gewarnt, dass das öffentliche Zitieren von Bibelversen zur Homosexualität vermehrt als Verstoss gegen das Zensurgesetz missdeutet werden könnte. Obwohl die Erfahrungen aus anderen Ländern eindeutig aufgezeigt haben, wohin die Reise gehen wird, beschwichtigte allen voran der Bundesrat, dass die Religionsfreiheit auf jeden Fall gewahrt bleibe. Fälle wie jene von

christlichen Konditoren, die verurteilt wurden, weil sie sich aus moralischen Gründen weigerten, für eine Schwulen-Hochzeit eine Torte zu backen, wurden heruntergespielt.

Nun droht sich einmal mehr zu bewahrheiten, was wir – EDU, SVP, wertebewusste Christen und wache Liberale – vorausgesagt haben. In einem der ersten Zensurgesetz-Fälle verurteilte das Bezirksgericht Zürich Ende Juli einen 63-jährigen Lehrer wegen der Diskriminierung Homosexueller aufgrund der Rassismus-Strafnorm. Sein «Verbrechen»: Er besuchte die «Zurich Pride» 2021 und setzte inmitten der LGBT-Grossveranstaltung zu einer Strassenpredigt an. Der gläubige Christ zitierte Bibelstellen und bezeichnete Homosexualität mit Bezug auf das Evangelium als Sünde.

Bemerkenswert ist die zweite Urteilsbegründung, die der Richter laut «TeleZüri» und «Weltwoche» gegen den Mann ins Feld führte: «Die Ansichten, die der Angeklagte vertritt, sind im Jahr 2022 in Mitteleuropa nicht zeitgerecht.» Nun entscheiden Schweizer Gerichte also schon, welche Überzeugungen als angeblich zeitgemäss gelten – und bestrafen jene, die abweichen. Eine solche Gesinnungsjustiz dürfen wir nicht akzeptieren!

Anian Liebrand